

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.
Offizielles Publicationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Berbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publicationsorgan für die Central-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Hüttenkäteure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigespaltene Petitzelle über deren Raum 15 fl. — Poststatalog-Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Böllvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Die „neue“ Reaktion. Der sogenannte „Handwerkerstag“ — Wirtschaftlich-sozialer Standpunkt Sozialpolitisch aus dem Reichstage. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. An die Maurer Deutschlands. — Situationberichte. — Eingesandt. — Briefstellen.

Die „neue“ Reaktion.

Als am 1. Oktober 1890 die zwölftjährige Herrschaft des Ausnahmegesetzes gegen die sogenannten „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie, diese Ausgeburt reaktionärer Gesetzgebungskunst ihr Ende erreicht hatte, war in weiten Kreisen des arbeitenden Volkes die Hoffnung lebendig, daß mit jenen juristischen und administrativen Monstren, welches die politische Willkür zum Gesetz erhob, auch die Starrheit des reaktionären Geistes überwunden sei. Wir haben seinerzeit davon gewarnt, sich auf diese Hoffnung zu stützen, welche keim in den Verhältnissen gründlich eingeweihter Politiker heilte. Die Reaktion empfand die moralische Niederlage, welche sie mit der ausnahmegesetzlichen Praxis über sich heraufbeschworen hatte, viel schmerzlich, als daß sie, von allen sonstigen Erwägungen abgesehen, sich wirklich dazu hätte verteidigen können, einen „neuen Kurs“ einzuschlagen. Der Kurs blieb der alte. Hatte man zwölf Jahre hindurch sich die „geistige“ Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch rigorose Auslegung und Anwendung der ausnahmegesetzlichen Bestimmungen leicht gemacht, mit Vereins-, Versammlungs- und Druckschriftenverboten, mit Ausweisung und Verhängung der Mundsperrre über besonders „gemeingefährliche“ Agitatoren, mit Geheimbundsprozeessen &c. &c. operiert, so kam nun wieder die subtilere und schärfere Anwendung der gemeinen Gesetze zur Geltung, so besonders der Strafgesetze. Die Anklagen gegen Sozialdemokraten und die Verurteilungen solcher wegen ihrer Thätigkeit auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet, erfuhrn eine rapide und bedeutende Steigerung. Die Reaktion hielt ihren alten Kurs konsequent inne.

Längst war es für den mit der Stimmung in den maßgebenden Kreisen einigermaßen vertrauten Politiker kein Geheimnis, daß man dort sich alles Ernstes mit der Absicht trage, der Arbeiterbewegung weitere Schwierigkeiten durch entsprechenden Ausbau bestehender Gesetze zu bereiten. Mit ihrem beim Falle des Ausnahmegesetzes proklamierten „geistigen“ Kampf gegen die Sozialdemokraten machte die Reaktion sehr schnell Faust, während die sozialdemokratische Arbeiterschaft einen moralischen Sieg an den anderen knüpfte. Um so mehr mußte die Reaktion bestärkt werden in der erwähnten Absicht.

Die Zweifel, die darüber hier und da noch bestanden, sind gründlich zerstört worden durch die „bestellte Arbeit“, welche der konservative Abgeordnete und Industriekönig Freiherr v. Stumm in der Reichstagsitzung vom 12. d. M. leistete. Zur Debatte stand beim Etat für die Eisenbahnverwaltung die Frage: ob diese Verwaltung berechtigt sei, sozialdemokratische Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu entlassen,

wie es öfter vorgekommen ist. Der Justizminister, Herr Thiesen, hatte diese Frage unbedenklich bejaht, während von sozialdemokratischer Seite mit Recht betont wurde, daß eine Behörde ein den vielberufenen „sozialen Frieden“ störendes Unrecht begehe, wenn sie Arbeiter, die dem Staate zu schweren Leistungen verpflichtet sind, Steuern zahlen und Militärdienst thun müssen, wegen ihrer politischen Gesinnung mahregeln, sie arbeits- und brotlos machen.

Herr v. Stumm war das die schon lange von ihm und seinen Freunden in und außer dem Reichstage herbeigesehnte Gelegenheit, eine Sozialisten-debatte von Zaune zu brechen, wie man sie in der sozialistengesetzlichen Zeit gewöhnt war. Er behauptete, die ganze sozialdemokratische Bewegung laufe auf, als „allgemeinen Kladderadatsch“, den gewaltfamen Umsturz des bestehenden hinaus. Die Sozialdemokratie habe kein Recht, sich eine politische Partei zu nennen, sie sei nicht einmal eine wirtschaftliche Partei. „Ich fasse“ — fuhr der Arbeitsherr nach dem stenographischen Bericht wörtlich fort — „die Sozialdemokratie auf, als ein Zusammenfassen aller derjenigen Elemente im Lande, welche, von Gifft, Hass und Neid gegen die besser situierten Klassen und gegen die Gesellschaftsordnung überhaupt erfüllt, alles mit Füßen treten, was dem Menschen heilig ist oder ihm wenigstens heilig sein sollte.“ Dann folgten die bekannten verleumderischen Phrasen über die Untergrabung der „Heiligkeit der Ehe“, der Familie, der Sittlichkeit überhaupt durch die Sozialdemokratie. Nach König Stumm sind alle sozialdemokratischen Arbeiter „rohe Subjekte“, welche „die freie Liebe verheimlichen“, den „Meinid vertheidigen“, „Diebstahl, Mord und Todtshlag verherrlichen“, um „den Menschen süßlich zur Beste herabzuwürdigen“. Dieser geißlos-brutalen Argumentation setzte der große Ordnungsman die Krone damit auf, daß er den Brief eines sogenannten „Arbeiters“ vorlas, in welchem es heißt, die Sozialdemokratie sei eine „recht große Räuberbande“, aus deren Klauen die Arbeiter befreit werden müßten.

König Stumm lieferte damit den Beweis, daß das Geistesniveau, auf welchem er sich befindet, ein sehr, sehr niedriges ist. Und eine Erhebung über dieses Niveau bedeutete es gewiß nicht, als er weiterhin für die „Arbeitgeber“ das sogenannte „Recht“ in Anspruch nahm, Arbeiter wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zu mahregeln und in Beruf zu erklären. Bei den Fachvereinen der Arbeiter sei die Tyrannie!!! Gegen diese, wider „freie Arbeiter“ gerichtete „Tyrannie“, sei die Tyrannie, welche irgend ein Unternehmer ausüben könnte, „Kinderpiel“.

Dem deutsch-freisinnigen Abgeordneten, Dr. Max Hirsch und seinen Gewerkeinlern sagt König Stumm: Da auch Sie den Streik unter Umständen als Kampfmittel zulassen, tragen auch Sie zur „Vermehrung des Klassen-gegensatzes“ bei.

Der „Heros“ des konservativen Geistes bedauerte den Fall des Sozialistengesetzes und rüchted an die Regierung den Appell, gegenüber der Resolution keine Schwäche zu zeigen,

d. h. mit anderen Worten: der Sozialdemokratie rücksichtloser mit Gewaltmitteln zu Leibe zu gehen.

Der Gefinnungsgenoss des Königs Stumm, Herr von Hellendorf, vervollständigte die Deutlichkeit dieses Appells, indem er geradezu erklärte:

„Die Frage, wie lange wir mit unseren gegenwärtigen Mitteln nach Aufhebung des Sozialistengesetzes ausreichen, ist meiner Auffassung nach nur eine Frage der Zeit. Es wird sich ergeben, ob wir damit ausreichen. Wir machen ja jetzt, nachdem daß Sozialisten-gesetz gefallen ist, eine Probe damit, und ich muß sagen, daß ich der Entwicklung der Sozialdemokratie gegenüber befürchte, daß diese Probe zeigen wird, daß wir nicht auskommen, und daß die Zeit kommt wird, in der wir schärfere und einschneidendere Mittel brauchen müssen.“

Durchaus zutreffend hat der Abgeordnete Frohme die Leistungen der beiden konservativen Grünen als „den 78er Umschwung in neuer Auf-säge“ und als „bestellte Arbeit“ bezeichnet. In der That, die Reden der Herren v. Stumm und v. Hellendorf hatten den Zweck, die Meinung des Reichstages und die öffentliche Meinung über die beabsichtigten schärferen und einschneidenderen Mittel zu er forschen. Für die Herren v. Stumm und Konsorten ist diese Frage längst entschieden. Das möglichst schärfste und einschneidendste Vorgehen gegen die Sozialdemokratie ist immer der erste Punkt im „Ordnungsprogramm“ der Konservativen gewesen. Wir sind überzeugt, daß die Reden Stumm's in den weitesten Kreisen des Volkes Entrüstung und Erbitterung hervorgerufen haben.

Millionen ehrlicher Menschen hat der Industriekönig, der aus den Leistungen „seiner“ Arbeiter Reichshümer gewinnt, als Auswurf aller Schlechtheit und Schrecklichkeit bezeichnet, und das nicht etwa im Eifer der Rede, sondern nach wohlvorbereitetem Konzept, mit dreister Stirne, ruhig, fahrläufig, überlegend. Empörten und erbittert allerdings muß solcher Umschwung jedes ehrliche Gemüth. Aber wenn man dem Verstande allein das Urtheil anheimgibt, so kann man sich nicht entrüsten. Der Verstand sagt uns: daß die Stumm'schen und Hellendorf'schen Reden eine Bankrott-Eklärung des reaktionären Geistes enthalten, wie sie schärfster und überzeugender kaum gedacht werden kann. Die Reaktion ist mit ihrer sozialpolitischen „Weisheit“ Mathäus am Letzen; sie zieht sich mehr und mehr zurück auf den Standpunkt der autoritären Gewalt. Ihre Verfechter müssen sich beeilen, die geplanten schärferen und einschneidenderen Maßregeln zu Stande zu bringen, denn die erste zwölftjährige Reichstags-Legislaturperiode ist bald zur Hälfte herum und in der nächsten Legislaturperiode wird es voraussichtlich keine reaktionäre Majorität mehr geben, die geneigt wäre, zu solchen Maßregeln ihre Zustimmung zu geben.

So liegen die Dinge! Eine neue reaktionäre Hochfluth droht; Herr v. Stumm hat sie signalisiert. Sie kommen! Die aufgeklärte, organisierte Arbeiterschaft, die die zwölftjährige sozialistengesetzliche Feuerprobe so glänzend bestanden hat, sie sieht den kommenden Thaten der Reaktion ruhig, fahrläufig entgegen. Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unüberwindlichkeit ihrer Sache,

die durch die Lügen- und Verlärungskunst der Gegner nur an Werth und Überzeugungskraft gewinnen kann, wird die Arbeiterschaft den Kampf mit der "neuen" Reaktion aufnehmen. Und wieder wird der Sieg, wie das garnicht anders sein kann, sich an das heilige Panier der Arbeit heften, indessen Diejenigen, die ihrem Übermuth und ihrer Armut gegenüber der Sozialdemokratie keine Grenze wissen, an sich die Weisheit des Wortes erfahren werden: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Ohne Zweifel hofft mancher Reaktionär, die Arbeiter möchten sich durch schärfere Maßregeln zu thörichten Handlungen, Gewaltputzchen &c. r. freien lassen. D. ihr Narren der Reaktion, wie schlecht kennt ihr die Sozialdemokratie, die Arbeitermassen, die ihren Lehren folgen!

Der sogenannte „Handwerkertag“, für den die Jüngster wochenlang die eigste Propaganda trieben, hat vom 15. bis zum 18. d. Ms. in Berlin stattgefunden.

Die Veranlassung zu dieser jünftlerischen Demonstration war hauptsächlich damit gegeben worden, daß die Regierung im Reichstage die Erklärung abgab: an die Genehmigung der Forderungen betr. Einführung des obligatorischen Beschäftigungs-nachweises und des obligatorischen Iminung, sei nicht zu denken, doch sei eine Interessenvertretung für das gesamme Handwerk in der Form von Handwerkerkammern geplant.

Darob gerieten die Herren Jüngster schier aus den Häuschen. Sie organisierten den sogenannten „Handwerkertag“, um im Namen des „deutschen Handwerks“ einen Protest- und Demonstrationstomöd in Sene zu setzen. Die Blätter melden, etwa 1500 „Delegierte“ hätten sich eingefunden gehabt. Sché viele, wo nicht die meisten dieser Herren werden sich wohl selbst „delegiert“ haben. Es war ja so leicht, „Delegierter“ zu werden! Man hatte nur nötig, eine „Delegirantin“ für A. I zu lösen und erworb dann das Recht, an den Versammlungen teilzunehmen. Dant dieser „verzöglichen“ Einrichtung waren denn auch „so viele Delegierte“ erschienen.

Die konervative und ultramontane Gradensohn lag über dem „Handwerkertag“ ausgeschrieen. Der Reichstagabgeordnete Hahn begrüßte denselben im Namen der konservativen Reichstagsfraktion. Der same Exhortprediger Stödtl war auch erschienen, um eine Begrüßungsrede zu halten, in der er sagte: für einen gewissen Stand (nämlich für die Arbeiter) geschehe zu viel, für den Handwerkerstand gar nichts!!! Im „Handwerk“ erblide er „das seßeste Volk“ gegen die Betreibungen der Unionspartei. Die Forderung betr. die obligatorische Innung halte er für durchaus berechtigt. Natürlich, welche reaktionäre Einrichtung soll der Süder nicht für berechtigt halten? Die ultramontane Partei war vertreten durch den Abgeordneten Hüb. Er ermahnte die Jüngster, den Ruth nicht zu verlieren, die Zentrumspartie werde ihnen „treu zur Seite stehen“.

So sind denn weder die protestantischen noch die katholischen Jüngster zu kurz gekommen.

Auch die staatliche Autorität war vertreten, und zwar nicht nur in Gestalt zweier Beamten zur Überwachung der Versammlungen: Regierungsrath Meferschmidt begrüßte Namens des Berliner Polizeipräsidiums den „Handwerkertag“. Seine vorgesetzte Behörde versölte die Verhandlungen des Handwerkertages mit größtem Interesse und erblickte ganz besonders in dem Zusammenschluß der Innungen zu verhindern, bis zumindest in Berlin, ihren Sitz haben, einen Gebanen von hoher nationaler Bedeutung. Seine vorgesetzte Behörde giebt sich der Hoffnung hin, daß dieser nationale Gebanen immer weitere und stetere Gestaltung erhalten werde.

Pog lausend! Die Innungen und Innungsverbände gericen sich da offen als politische Vereine; die nach dem Gesetze sich strafbar machen und polizeilich aufzulösen sind, wenn sie mit einander in Verbindung treten. Man erinnere sich, was die Organisationen der Arbeiter unter der rigorosen Auslegung und Anwendung dieser geistlichen Bestimmung zu leiden haben. Und hier begrüßt ein Vertreter des Berliner Polizeipräsidiums den Zusammenschluß politischer Vereine, genannt „Innungen“, als ein Werk von „hoher nationaler Bedeutung“. Eine neue Illustration zu dem Kapitel „Rechtsgleichheit im Rechtsstaate“.

Innungs-Obermeister Beutel-Berlin berichtet über die Ergebnisse der „Handwerker“-richtiger Jüngster-Konferenz, welche in Berlin im Sommer des vorigen Jahres stattgefunden hat. Er theiste u. a. mit:

dass der Vorsitzende jener Konferenz, Staatsminister v. Bölticher auf eine Anfrage des Abg. Biehl (München) bemerkte habe, daß wohl sehr verständlich über die Beihandlungen in der Öffentlichkeit nichts verlaufen dürfe, bis der amtliche Bericht, wie beabsichtigt, an den Kaiser erstattet sein werde. Die Vertreter des „Handwerkertages“ seien deshalb überzeugkommen, über das Ergebnis nach außen hin Stillschweigen zu bewahren. Diese Disziplin sei gewissenhaft gewahrt worden, bis sie in einer Befehl des Staatsministers v. Bölticher an den Vorsitzenden des Zentralausschusses ausdrücklich als ausgehoben angesehen worden sei. Das Hauptinteresse in der Handwerkerkonferenz habe sich ganz erklärlich um die Frage der Einführung des Beschäftigungs-nachweises gedreht. Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg habe bei Beginn der Beratung keinen Zweifel gelassen, daß das Verlangen der Handwerker nach dem „Beschäftigungs-nachweis“ bei der jetzigen Auffassung der Bundesregierungen unbestreitig bleibt würde. Der Vorsitzende der Konferenz, Staatsminister v. Bölticher, habe nämlich gleich bei Beginn der Konferenz erklärt, daß auf eine Umfrage die Regierung einer der größten Bundesstaaten erklärte, daß seit Auflösung des Beschäftigungs-nachweises ein Rückgang in den Leistungen bei der Ausführung von Staatsauftränen überhaupt nicht eingetreten sei, bei Privatauftränen im Allgemeinen auch nicht, dagegen mache sich bei den letzten vielsech die Spolulationswut als ein Grund von minderwertigen Bauausführungen geltend. Die Wiedereinführung des Beschäftigungs-nachweises bietet keine Gewähr für eine sachgemäße Ausführung der Bauten; der früher schon mit den sogenannten Schachmeistern getriebene Umgang würde wieder eintreten. Die Rückkehr zur obligatorischen Meisterprüfung sei daher nicht zu empfehlen. Sämtliche Bundesregierungen hätten sich zur Frage geäußert und die überwiegende Mehrzahl hätte sich ablehnend ausgesprochen. Natürlich habe diese Rede des Vorsitzenden auf die Delegierten des „Handwerks“ niedergeschlagen und gewirkt und die größte Übungsfriedenheit erregt.

Natürlich, Jüngster dürfen ungemein sein, wenn ihrer Annahme und Überhebung nicht genügt wird. Die Pflicht, unter allen Umständen „zu rüden“ zu sein, haben nur die Arbeiter. Der Herr Obermeister meint weiter: daß die Handwerker bei einer dauernden Auferdrachtung ihrer berechtigten Forderungen an die Gesetzgebung massenhaft in das sozialdemokratische Lager übergehen würden. Die Handwerker seien nicht länger geeignet, für die Großindustrie-Arbeiter zu kämpfen, ohne je selbst die Aussicht auf eine Hebung des Standes und Besserung der materiellen Lage zu haben. Unterstaatssekretär Dr. von Rottenburg erwiderte: „Dann müssen die Handwerker in mehr in sozialdemokratischen werden.“ Die Verammlung war darob in hohem Grade „stiftlich entrüstet“; sie rief „Hui“. Ach, diese armen Jüngster! Langst, seit vielen Jahren, steht die Masse der Handwerker im sozialdemokratischen Lager, besonders in den Hauptstädten, sowohl die Gelehrten-Schäfle wie die Majorität der Kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden. Die Drohung mit dem „Übertritt“ in das sozialdemokratische Lager ist eine Überhaupt, und mein Herr v. Rottenburg die Drohung, nicht ernst nahm, so hatte er Recht und bewies damit, daß er ganz gut weiß, welche Massen von Handwerfern bereits zur Sozialdemokratie sich befreiten.

Ein Hauptinteresse der Versammlung konzentrierte sich auf folgenden Breslauer Antrag: „In Anbetracht, daß auf den bisher besagten Wege die berechtigten Forderungen und Ziele des Handwerks nicht zu erreichen sind, erscheint es geboten, daß dieselben fernher durch eine direkte Vertretung des Handwerks in den gesetzgebenden Körperschaften verfolgt werden und beschließt der Allgemeine deutsche Handwerkertag demgemäß: unabhängig von einer etwa zu beschließenden Umgestaltung der Innungen eine selbstständige Handwerkervereinigung zu gründen und dementsprechend bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, unter Beschränkung der dem Handwerk freundlich gesinnten Parteien, künstlich eigne Handkandidaten aufzustellen; in jedem Falle aber nur einem Kandidaten die Stimme zu geben, der sich bindend auf das Handwerkertagprogramm verpflichtet.“

Dieser Antrag wurde durch die Annahme eines anderen, von Nagler-München gestellten, beiseitiert, welcher lautet: „Der deutsche Innungen- und Handwerkertag verzichtet, angelehnt an die politischen Konstellationen, zu Recht auf die Gründung einer eigenen Partei. Er betrachtet es, in Konsequenz der Reichstagslösung vom 21. November 1891, als im Interesse des Handwerkerstandes gelegen, bei den Wahlen mit allen Entscheidlichkeit für die konservative und Zentrumspartei einzutreten, in Beziehungen, wo solche Kandidaten fehlen, jedoch die Austragung eigener

Handwerker-Kandidaten vorzunehmen, oder sich gänzlich der Stimme zu enthalten.“

Wird nicht verhindern, daß immer mehr Handwerker der Sozialdemokratie sich anschließen. Angenommen wurde eine von Biehl-München vorgeschlagene Resolution, welche erklärt, daß mit Entscheidlichkeit an dem Beschäftigungs-nachweis festzuhalten, und seine gesetzliche Einführung, mit vollstem Nachdruck, zu erstreben sei.

Auch die Konziliavereine, die liberale Gesetzegebung, Sonntagsschuhe, Haushalt und Bau schwund wurden wieder einmal diskutiert. Der Schneider-Obermeister Schreiber aus Halle rief in die Versammlung hinein: „Einer der größten Krebskräder für das Handwerk ist die Frage: sie muß gelöst werden.“ Man sieht, Süderianismus und religiöse Dualismus leiten Schule.

Der Generalsekretär des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, Schulz-Berlin, trat für die regierungsetzige geplanten Handwerkerkammern ein und befürwortete eine Resolution, in der es heißt: „Nur die organische Weiterbildung und gesetzliche Ausgestaltung des Titels VI. der R.G.-vermag dem deutschen Handwerkerstand zu einer seine wünschenswerte Existenz genügend sicheren Organisation zu verschaffen. Zu diesem Behufe sind zu fordern: 1) die Bildung sachlicher Innungsschulen für die einzelnen Gewerbe, in nach Möglichkeit zu erleichtern; 2) die Innung erhält einen obligatorischen Charakter für alle Gewerbetreibenden, welche Lehrlinge halten wollen, sie bleibt statutär für alle Berufsgenossen, welche Lehrlinge nicht halten wollen, erhält aber auch für diese den obligatorischen Charakter, insoweit es sich um die Ausbringung der Kosten der Innungseinrichtungen handelt; 3) die sämtlichen Innungsstoffen werden nach Maßgabe des Umfangs der einzelnen Gewerbetriebe aufgebracht; 4) Bedingungen für das Recht des Lehrkostengehalts sind, abgesehen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung, a. die Zurücklegung einer ordnungsmäßigen Lehrzeit, b. die Ablegung einer Gesellenprüfung vor einer Innung; auch Fabrikarbeiter müssen die Gelehrtenprüfung ablegen; c. die mehrjährige Belehrung als Gelehrte in dem Handwerk, in welchem man das Recht des Abschüdens von Lehrlingen erwerben will, d. die Ablegung einer Meisterprüfung, sowie o. der schriftliche Abschluß der Lehrverträge vor der Innung, f. die Entziehung des Rechtes zum Lehrlingshalten unter gewissen Voraussetzungen durch die Innung.“

Der Meisterstitel ist geschickt zu schützen und seine mißbräuchliche Führung unter strengem Strafzustellen. Der Innungs-Ausschuss vereinigter Innungen gemäß § 102 der Reichs-Gewerbe-Ordnung hat Korporationsrechte. Die in den Bezirken seiner Wirksamkeit vorhandenen Innungen müssen ihm angehören, sobald die Majorität derelben die Mitgliedschaft bei ihm erworben hat. Diesem steht die Beaufsichtigung der Innungen im Rahmen des Status zu“.

Schneidermeister Fakhauer-König warnt vor Annahme dieser Resolution, die nichts sei, als „ein Bezugsmittel für den verweigerten Beschäftigungs-nachweis“. Die Verammlung hielt es mit dem Bezugsnachweis, schafft, sie ging über die Resolution zur Tagesordnung über.

Der bekannte Jüngster, Malermeister Voß-Hamburg, welcher vor zwei Jahren über jedem Fabrikstein das „rothe Schenke“ schwelen sah, griff in langer Rede die Regierung wegen des Ablehnens des Beschäftigungs-nachweises an. Die Hamburger Handwerker werden die Sache sich noch einmal eine Zeit lang ansehen, und wenn es dann nichts wird, ebenfalls für die Auflösung der Innungen stimmen. In Hamburg, wo die Innungen am besten ausgebildet sind, haben dieselben doch nicht verhindern können, daß drei Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt worden sind.“

Herr Voß glaubt nicht mehr, daß die Innungen gegen die Sozialdemokratie etwas nützen. Wir gratulieren ihm zu diesem Fortschritt in der Erkenntniß.

Mehrere Anträge, betreffend die Auflösung der Innungen, führten zu stürmischen Debatten und wurden schließlich abgelehnt. Charakteristisch ist ein weiterer angenommener Antrag: „dahin zu wirken, daß den Innungen die polizeiliche Anmeldung in ihrer Versammlungen überall gleichmäßig erlaßt werden.“ Als ob dazu irgend eine Behörde befugt wäre! Das Gesetz entscheidet und nicht die vorherrschende Willkür.

Wel Zeit wurde auf die Erörterung der sogenannten „Reformvorschläge“ für das Handwerk verwandt. Dabei wurde eine von Nagler-München eingekreiste Resolution folgenden Wortlauts angenommen: „Der Handwerkertag begrüßt die seitens der Reichsregierung endlich in Aussicht gestellte Verstärkung

eines Theiles der langjährigen Forderungen des deutschen Handwerks. Am Interesse der Schaltung des deutschen Handwerksstandes muß er jedoch so lange an allen seinen schärferen Beschlüssen festhalten, bis die gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung in einer den Wünschen des Handwerks entsprechenden Weise der Realisierung zugesetzt sind. Demzufolge hält der deutsche Handwerkerstag hinsichtlich der Konsumvereine, der Gesangverein, der Abzahlungsgeschäfte und des Haushandels, da seitens der Handwerkervertreter in der bekannten Konferenz der verbündeten Regierungen gehäckten Vorschläge mit Entscheidlichkeit aufrecht. Bezuglich der Regelung des Submissionswesens bleibt der Handwerkerstag auf seinem beim zweiten deutschen Innungstage geschaffenen Beschlüsse stehen. Der Handwerkerstag spricht der Reichsregierung gegenüber das Vertrauen aus, daß sie die in der Reichstagssitzung vom 24. November 1891 gegebenen Vorrednungen in ähnlicher Weise in Thaten umsetzen werde. Der Handwerkerstag entschließt sich des Dankes, daß die verbündeten Regierungen den Wünschen des deutschen Handwerks nach schärferen Bestimmungen gegen den Kontraktbruch der Arbeitnehmer Rechnung tragen wollten, spricht sein lebhaftestes Bedauern darüber aus, daß vom Reichstage diesem Gesetzesvorlage keine Folge gegeben wurde und hält deshalb nach wie vor an seinen auf dem zweiten deutschen Innungstage zu Berlin gefaßten Beschlüssen fest, in der Erwartung, daß die verbündeten Regierungen eine derartige Gesetzesvorlage erneut dem Reichstage unterbreiten werden.

Angenommen wurden ferner zwei Resolutionen, welche sich für Ausdehnung der Unfallversicherung auf das ganze Handwerk und für eine Reform des Krankenversicherungswesens aussprechen.

Generalsekretär Dr. Schulz-Berlin empfahl die Ausbildung des Genossenschaftswesens im Handwerk. Es sei notwendig, daß die Innungen zu einer Organisation werden, welche Arbeit und Kapital im Bunde repräsentieren, damit die wirtschaftliche Dominanz des Handwerks im Konkurrenztempo mit einem übermäßigen gewordenen Großkapital austrete. In erster Linie sei es notwendig, daß die Innungen auf unmittelbare Geschäftsvortheile ihrer Mitglieder hinarbeiten. Es werde sich auf diesem Wege naturengemäß aus der solituarischen Innung die obligatorische Innung entwickeln. Die Innungen müssen verlangen, daß die Reichsbank die gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebe der Innungen für Rohstoffbezug, Magazin- und Bazarweisen, verlängerte Waaren, also wirkliche, zweifelsohe Werthe, beliehe. Es sei weiter notwendig, daß die Innungen an sich sogleiche Organisationen für verbesserten Bankredit erhalten, als unerlässliche Grundlage für die Diskontirung des Handwerkerwechsel durch die Reichsbank. Dafür sei es wieder notwendig, daß sich die Innungen einer leistungsfähigen Centralbank als eines nach der jetzigen Anforderung unentbehrlichen Mitgliedes zwischen Reichsbank und Innung bedienen. Als eine solche Centralbank für das Innungswesen sollte nach den mit dem Centralausschuß erfolgten Vereinbarungen die Deutsche Centralgenossenschaft in Berlin ausgebaut werden. Der Redner empfahl im Weiteren, für gemeinschaftlichen Rohstoffbezug eine Centralstelle zu schaffen. Ferner empfahl der Redner die Bildung einer Versicherung gegen Geschäftsunfälle, die Bildung eines Bureaus für Werbetreibung ausstehender Forderungen, für Rätherheilung und Mithilfe bei Errichtung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe. Er erachtet folgender Resolution zuzustimmen: „Der Deutsche Innungs- und Handwerkerstag begrüßt es freudig, daß der Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands organisatorische Einleitungen zum praktischen Ausbau der Innungen durch Errichtung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe, zur Bankredit, Rohstoffbezug, Magazin- und Bazarweisen usw. getroffen hat; er billigt alle dieserhalb geschehenen Maßregeln, namentlich die Vereinbarung mit der deutschen Centralgenossenschaft zu Berlin, und er richtet hierdurch nicht nur an die deutschen Innungen, sondern auch an alle Freunde des Innungswesens die dringende Bitte, jene und alle ferneren Maßregeln des Centralausschusses und der deutschen Centralgenossenschaft für den genannten Zweck kräftig zu unterstützen.“ — Der Präsident der deutschen Centralgenossenschaft, Geheimer Oberregierungsrat Freiherr Dr. v. Voigt äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Man sieht, Herr Dr. Schulz entwidete das selbstst. h. s. h. i. e. Progr. in seines fortschrittlichen Namensvertreters aus Delibisch. Damit kam er aber blos an. Schneidermeister Müller-Dortmund wandte sich entschieden gegen diesen Antrag.

Es kommt ihm vor, als wolle man den Teufel mit Beelzebub austreiben. Man wolle jetzt etwas einführen, was man bisher stets bekämpft habe. Auf der einen Seite bekämpfe man das Konsumwesen und nun wolle man es selbst einführen. Wenn Seiten der Innungen

Genossenschaften, Bazaar usw. gegründet seien, dann habe man kein Recht mehr, bestartige Einrichtungen zu bekämpfen. Man darf doch auch nicht vergessen, daß man dadurch die Kleinstaufleute ganz außerordentlich schädige ja sie geradezu ruinire. Die Handwerker ruinieren damit also selbst den Mittelstand. Ob sich die Betriebsläden, die errichtet werden sollen, lebensfähig erweisen würden, sei doch auch sehr fraglich. Die Handwerker wollen die Staatshilfe, aber nicht im Sinne der Sozialdemokratie, sondern nur dadurch, daß der Staat Gesetze zum Schutz des Handwerks mache. Der empfohlene Weg führt zweifellos zum Sündnis.

O Schulte-Delibisch: daß Du diesen Triumph zulässiger Geistes nicht mehr erleben könnest!

Auch Tischlerobermeister Heinze-Hannover und Abo Bildhäuser-Bielefeld-München erklärten sich gegen die Resolution. Schuhmacherobermeister Salge-Hannover sahnte aus, er sei seit zwanzig Jahren im Genossenschaftswesen tätig und habe die Erfahrung gemacht, daß für den Handwerkerstand nicht viel dabei herauskomme. Wenn man schon Genossenschaften bilden wolle, dann müsse man sich auf die Gründung von Darlehenstassen und Rohstoffvereinen beschränken. Mit Darlehenstassen und Rohstoffvereinen haben die Handwerker zumindest schlechte Erfahrungen gemacht.

Das stimmt, aber noch schlechtere Erfahrungen werden die Handwerker mit dem Innungstriumph machen.

Dieses die hauptsächlichsten Leistungen der Künstler. Die Welt geht über dieselben „ zur Regierung über.“ Daraus kann auch der dem sogenannten „Handwerkerstag“ gewidmete Artikel der „Baugewerks-Zeitung“ nichts ändern, welches mit folgenden Worten schließt:

„Lang ist der Handwerkerstand das Alsenbüddel gewesen, was, gebürgt Last auf Last der sozialen Gesetzgebung auf sich nehmend, seitwärts gestanden und zugesessen hat, wie die zerlegenden Elemente im Staatskörper eine Position nach der anderen genommen haben. Auch noch ferner den breiten Mittelstand zu übergehen und zu übersieben, dürfte nicht gut thun, denn wenn auch das Deutsche Reich fest genug geziert ist, um vorläufig doch allen inneren und äußeren Stürmen zu begegnen, so soll man doch die, welche stets die kleinen aber doch sicherer Stützen gewesen sind, auf welchen der Staat nicht zum wenigsten ruhte, nicht von sich stoßen. Kapital und Großindustrie auf der einen Seite, sozialdemokratische Arbeiter auf der anderen geben nicht immer das rechte Gleichgewicht.“

Gewiss nicht Überhaupt nicht! Aber nur ein Thor kann glauben, daß die Künstler das „richtige Gleichgewicht“ herzustellen vermögen. Zwischen Kapital und Arbeit giebt es kein Gleichgewicht. Und was ist das wirkliche Handwerk, welches nicht durch Innungssproben repräsentiert wird, anderes als Arbeit? —

Es ist noch nachzutragen, daß — „Ende gut alles gut“ — gegen Schluss der Verhandlungen die Abge. Prinz Aremberg, Fr. v. Manteyffel, mehrere andere konservative und Zentrumsabgeordnete erschienen. Freiherr v. Manteyffel begüßte die Versammlung im Namen der konservativen Reichstagsfraktion. „Es stehen den Handwerkern zwei Reichstagsfraktionen, die nicht ganz übereinstimmen, freiu zur Seite. Die Handwerker mögen daher nicht verzagen, wenn es auch nicht immer nach Wunsch geht. Die Sozialdemokraten wissen sehr genau, daß die organisierten Handwerker ihre größten Feinde seien. Die Handwerker bilden neben dem Christenthum das Seiste Volkwerk des heutigen Staates. Deshalb hoffe ich, daß wir in Gemeinschaft mit den Handwerkern marschieren und auch siegreich schlagen werden.“

O, Herr v. Manteyffel. Wenn auch eßliche hornierte Künstler Gefallen finden an der konservativen und ultra-montanen „Handwerkerfreundlichkeit“ — die Masse der deutschen Handwerker pflegt darauf und wird sich nie zur schwargrauen Brüderlichkeit beklennen. Und die Sozialdemokratie? Nun, die hat keine Ursache, das zu fürchten,“ was Herr v. Manteyffel „Organisation des Handwerks“ nennt!

Wirtschaftlich-sociale Rundschau.

* Bei der Bayerischen Baugewerbs-Versicherungs-Gesellschaft gelangten im Jahre 1891 insgesamt 3091 Unfälle zur Anzeige. Davon hatten 86 den Tod, 721 Erwerbsunfähigkeit unter 18 Wochen und 2284 Erwerbsunfähigkeit über 18 Wochen zur Folge. Innerfort müssen die Innungen der Arbeiter für den weitauß größten Theil der Unfälle aufkommen, die doch von Rechts wegen sammt und sonders den Untern im Rahmen zur Last fallen sollten.

* Eine schwere Krise ist in der deutschen Metallindustrie ausgebrochen, die sich besonders in Berlin recht sichtbar macht. Viele der ältesten und bekanntesten Fabriken sind ohne Aufträge und arbeiten mit einer gegen schwere Jahre auf die Hälfte, ja bis auf ein Viertel verkleinerter Arbeiterzahl. In

Betrieb, in denen Entlassungen von Arbeitern in solchem Umfang nicht gut möglich sind, ist die Arbeitszeit seit Monaten von täglich 10 auf 8, 6, ja 4 Stunden reduziert. Diese Leute, die gelegentlich der vorletzte Maifeier über die von den Arbeitern angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit in einen wahren Raumel der Wuth gerieben und einen förmlichen Hexenkessel von Verfolgungen und Maßregelungen infiziert, weil Arbeiter es gewagt hatten, ohne Erlaubniß ihrer „Brotheren“ einen Feiertag zu feiern, werden jetzt die Arbeiter zu Tausenden aus das Pflicht- und verfügen die Arbeitszeit, und damit das Einkommen ihrer Arbeiter. Dabei werden noch heute von dem bekannten schwarzen Kabinett Arbeiter beschäftigt, deren einziges Vergnügen darin besteht, daß sie bereits vor Jahren für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, also für eine Maßregel eingetreten sind, welche geeignet ist, die oberflächlichste Auswirkung des kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes wenigstens bis zu einem gewissen Grade zu beiteilen. Was aber die Krise in der Metallindustrie bestimmt zu einer ganz besonders schweren macht, ist der Umstand, daß verschiedene Fabriken bereits vor Jahren für ihr spezielles Fabrikat keine Abnehmer mehr finden und sich zur Wushilfe auf die Waffenfabrikation wenden. Nun jedoch jedoch unsere Militärsstaaten als Besteller von Waffen aus trüftigen Gründen ein großes Interesse an der schnellen Fertigung neu erfundener Waffeninstrumente. Steht die Konstruktion der letzteren erst endgültig fest, so ergiebt sich eine Hochluft von Bestellungen, von der jeder an den Submissionen teilnehmende Unternehmer so viel in seinen Hafen zu leiten trachtet, wie nur möglich. Ist dies gelungen, dann beginnt ein wildes Fassen, Tag und Nacht wird mit neuerhafter Eile gearbeitet, bis nach kurzer Zeit alle Aufträge ausgeführt sind und eine vollständige geschäftliche Ecke eintritt. In welcher Weise bei Auferstehung von Waffen, Waffen- und Munitionsteilen, also bei vom Staat vergebener Arbeit, gearbeitet wird, davon kann sich der Wirtschaftsmann nur schwer einen Begriff machen.

* Ein „guter Rath“, den Handwerk wieder aufzuhelfen, erhält die Braunschweiger „Landeszeitung“. Sie schreibt:

Ein großer Nebelstand, unter dem vorzugsweise das Handwerk leidet, ist die Lieferung von Arbeiten auf Borg. Während wir gewohnt sind, die meisten Bedürfnisse des täglichen Lebenshaar zu bezahlen, erscheint es allgemein ganz selbstverständlich, daß Schneider und Schuhmacher borgen müssen. Ja, in vielen Fällen ist es dem Handwerker sogar erwünscht, wenn er zu einem gewissen Zeitpunkt eine größere Summe Geldes einfließen kann, um die bezogenen Waaren damit bezahlen zu können. Wie oft läuft den Handwerker diese Berechnung! Manchmal wird er mit der Vergütung weiter verzögert, oft aber auch hat er das Nachsehen, aber noch ohnedeutliche Befreiungswungen seines Mahns eingestufen. Gelingt es aber dem Handwerker nicht, von seinen Ausständen so viel zusammenzutragen, daß er seine Lieferanten bezahlen kann, dann ist er sehr oft genötigt, Geld zu hohen Binsen aufzunehmen, wodurch natürlich der Verdienst seiner Arbeit erheblich vermindert wird. Unter den vielen zu unserer Kenntnis gelangten Fällen greifen wir nur einen heraus, wo ein Handwerker von 250 ausgeschriebenen Rechnungen binnen 14 Tagen nicht eine einzige bezahlt erhält! Eine gründliche Umkehr zu gefundenen Verhältnissen wäre endlich einmal an der Zeit. Würden die Handwerker sich zusammenzuschließen und die Befreiungswungen oder Beschränkungen des jetzigen Borgsystems beschließen, so würden bald bessere Verhältnisse im Handwerke Platz greifen.“

Ohne Zweifel, daß Borgsystem ist ein Nebelstand, unter dem der Handwerker schwer zu leiden hat. Über Thorheit ist es, zu glauben, daß das Borgsystem aus der bestehenden Wirtschaftsordnung überhaupt auszumerzen ist. Würden die Handwerker den ihnen von der Landeszeitung“ erteilten Rath befolgen, so würde damit nicht eine „Hebung“ des Handwerks, sondern dessen weiterer Niedern-herbeigeführt werden. Bittetreden weilt der „Braunschweig. Volks“ darauf hin, daß die Handwerksmeister und Kleingewerbetreibende überhaupt ihre Kunden, oder doch die Mehrzahl derselben, hauptsächlich durch das Borgsystem haben. Würden sie also das Borgsystem abschaffen, so wäre die Folge davon die, daß eine große Anzahl der Kunden forbleiben würde. Letztere würden, um in den Besitz eines Gegenstandes zu gelangen, entweder so lange warten, bis das nötige Geld dazu angekammelt wäre und dann würden sie einfach ihre Bedürfnisse, weil billiger, in einem großen Geschäft einlaufen, oder sie würden die, gerade von den Handwerksmeistern und Kleingewerbetreibenden so sehr gehaschten Abschaltungsgeschäfte noch mehr unterstützen. Kurz, durch Abhängigkeit des Borgsystems würden diese Leute den Alt — freilich ein dörfer — absägen, auf dem sie mit knapper Not noch leben. Das Handwerk gehört der Vergangenheit an und alle Dualitätsbereiche müssen damit dem Innungstriummel können nichts daran ändern; unter Umständen wird der Untergang deselben dadurch nur noch mehr beschleunigt. Für die Betroffenen ist dies sicher eine traurige Thatsache und eine bittere Wahrheit, aber der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung hat nun einmal das Kleingewerbe zum Untergang verurtheilt.

Sozialpolitisch aus dem Reichstage.

Die Reichstagsdebatten der letzten Zeit, seit der zweiten Woche dieses Monats, drehten sich vorwiegend und in einer das allgemeine Interesse in Anspruch nehmenden Weise um die verschiedensten sozial-politischen Fragen. So zunächst bei denjenigen Titeln des Staats des Reichsamt des Innern, welche die Alters- und Invaliditätsversicherung und das Unfallversicherung betreffen.

Die „schöpferische“ Periode der gubernamentalen Sozialpolitik ist mit der „Eröffnung des Gebäudes der Sozialreform“, d. h. mit Errichtung der Alters- und

Invalideversicherung, zu Ende gegangen; jetzt kommt die Periode der Pflichtarbeit. Das „stolze“ Gebäude zeigt überall die bedenklichen Schäden und Risse; der Grund, auf welchem es errichtet, erwies sich immer nicht als sehr sicher. Da muß gestühl, nachholen und gerüst werden an allen Ecken und Enden. Das ganze System der Arbeiterversicherung zeigt sich als ein durchaus verschafftes, und die Gesetzgebung ist zu der Spannungssarbeit der immerwährenden Revisionen und Reformen verurtheilt.

Die allseitige Anerkennung, daß sowohl die Unfallversicherungsgesetze — denn es gibt eine ganze Serie derselben — als auch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in hohem Grade verbessernbedürftig sind, bildete den Grundzug dreifältiger Verhandlungen vom 7. bis 10. d. Ms. Von der äußersten Unkenntnis bis zur äußersten Nechtheit erschallt der Ruf nach Revision, verschieden nur in der Stärke des Tons und in der Art der Begründung.

Der Reichstagsschluß zu den Alters- und Invalidenrenten ist mit 1892/93 veranschlagt auf M. 9213.878, mehr gegen das Vorjahr 3 Millionen Mark. Der Etat des Reichsversicherungsamtes ist auf M. 1922.710 festgesetzt, mehr gegen 1891/92 M. 306.485, wesentlich infolge Vermehrung der Beamtenten aus Anlaß der wachsenden Geschäfte aus der Unfallversicherung.

Dazu lag dem Reichstage folgender sozialdemokratischer Antrag vor:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes vorzulegen, in welchem besonders folgende Punkte Berücksichtigung finden sollen:

1. den § 5 Abs. 2 Riffel 2 des Gesetzes, davon zu ergründen, daß die Zahlung der Rente an Berichte nicht erst mit dem Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls, sondern von dem Tage der Bekündigung des Fallverfahrens an zu erfolgen hat;

2. dem § 6 die Bestimmung hinzuzufügen: daß im Falle der Tötung eines Versicherten, welcher bereits infolge eines früher existenten Unfalls Rente bezogen, die Berechnung des den Hinterbliebenen zu gehörenden Sterbegeldes und der Rente nicht nur nach dem Arbeits verdienst, den der Gediente im letzten Jahre gehabt hat, sondern unter Zugrundeziehung dieses Arbeits verdienstes und der bezogenen Rente zu geschehen hat;

3. die in den Straf- und Gefangenanstalten als Arbeiter beschäftigten Gefangenen in die Reihe der durch dieses Gesetz gegen Unfälle versicherten Personen aufzunehmen;

4. den Strafbestimmungen Vorchristen hinzuzufügen, nach denen Betriebsunternehmer und deren Angestellte, welche die ihnen auferlegte Beitragspflicht auf die versicherten Arbeiter abwälzen, in Strafe genommen werden.

Dieser Antrag wurde vom Abg. Grilleberger in trefflicher Rede begründet: Seine Ausführungen fassen wir in folgendem kurz zusammen:

Der vorliegende Antrag stimmt im Wesentlichen mit einem am 1. November 1889 gestellten überein. Die Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes ist dringend nothwendig. Ich wiederhole, was ich schon früher mehrfach hörte, daß dies Gesetz keineswegs den großen Nutzen für die Arbeiter brachte, den man davon erwartete. Vor zwei Jahren sagte Herr v. Bötticher, in der Novelle zum Rentenversicherungsgesetz werde Abhilfe geschafft werden. Es ist aber zweifelhaft ungerecht, den Rentenlasten Kosten zuzumachen, welche eigentlich die Berufsgenossenschaften zu tragen hätten; außerdem ist aber auch die in der Novelle gegebene Abhilfe nicht genugend, denn zum Theil sind die Bestimmungen recht unklar gehalten und können zu späteren Projekten Anlaß geben, zum Theil, so z. B. was die Aufnahme in Rentenabschlags häusern anlangt, sind sie nicht geeignet, die Lücke in der Unterstützung zwischen einer schnell eintretenden Genesung und der erst nach 14 Wochen beginnenden Lypsalunterstützung auszufüllen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte ich noch, daß die Berechnung der Rente bei nicht völliger Arbeitsfähigkeit jetzt nicht in einer den Forderungen der Billigkeit entsprechenden Form geschieht. Was den zweiten Punkt unseres Antrages anlangt, so haben wir auch dafür Beispiele vorgebracht; wenn ein Arbeiter einen Unfall erleidet, so daß er nur die Hälfte seines Normal verdienstes erwerben kann, und bei einem zweiten Unfall stirbt, so wird jetzt die den Hinterbliebenen zu zahlende Rente nur nach dem letzten Arbeits verdienst berechnet ohne Rücksicht der nach dem ersten Unfall zugebilligte Rente. Der Standpunkt, daß diese Abrechnung zu schwierigen Berechnungen zwischen den einzelnen Berufsgenossenschaften führen würde, ist nicht schlüssig; denn erstens wiede solche schwierige Berechnungen nur selten vorkommen, und zweitens muß doch auch ein anderer Ausweg finden lassen, wenn man nur den guten Willen hat, Abhilfe zu schaffen; wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Der dritten Punkt begründen wir damit, daß Gefangenisse sowohl als Zuchthäuser mehr und mehr den Charakter industrieller Etablissements annehmen. Warum sollen nun Leute, die gegen die Gesetze verstochen haben, dafür büßen, daß sie eine Zeit lang isoliert im Staatsdienst beschäftigt gewesen sind? (Heiterkeit.) Bezüglich des letzten Punktes haben wir schon bei der ersten Beratung Beweise genug dafür beigebracht, daß es tatsächlich Unternehmer giebt, die ihren Aufschluß an den Beiträgen nicht bloss direkt, sondern direkt durch Vohnahme auf die Arbeiter abwälzen. Dagegen müssen ganz rigorose Strafbestimmungen festgelegt werden. Begegnetlich der Zusatzdebatte hat der Minister den Innungschwärtern zu ihrer Beurtheilung mitgetheilt, daß demnächst die Unfallversicherung auf das Handwerk ausgedehnt werden soll. Das wünschen wir auch; ich habe aber erfahren, daß man in den möglichen Kreisen selbst noch nicht recht weiß, wie man das machen soll. Ebenso dringend nothwendig ist es, diejenigen Handelsgewerbe einzubeziehen, die bis jetzt noch nicht unter die Speditions-, Speicher- und Kellerei Berufsgenossenschaften einbezogen sind. Dahin gehören

u. a. die Kutscher der Bierverleger, die Kutscher der Verzte u. w. Die Landesversicherungskämter ferner, die man als eine Konfession an den Partikularismus des Zentrums eingerichtet hat, sollten abgeschafft werden, da ihre Auslegung des Gesetzes sich vielfach im Widerspruch befindet mit denjenigen des Reichsversicherungsamtes.

Durch ihr Bestehen wird in der Praxis ein Widerstand geschaffen, unter dem die Arbeiter zu leiden haben. So hat das sächsische Landesversicherungskamt in einem Falle, wo in der gräflich Stolberg'schen Forst ein Kutscher beim Holzfahrtshexen zu Tode verunglückte, entgegen der Auffassung des Reichsversicherungskamtes entschieden, daß der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft keine Rente gezahlt zu werden brauche. Nun sieht die arme Witwe mit ihren Kindern da und bekommt nichts. Ein solcher Zustand kann unmöglich aufrecht erhalten werden. Auch betreffs der Handhabung des Gesetzes haben wir Beschwerden. Vor kurzem stand im Reichsversicherungskamt eine Belämmirung, daß in Folge der Neuregelung mit Arbeitern — es sind z. B. etwa 3000 Arbeitnehmer — das Reichsversicherungskamt Nachwahlen anhängt! — das Reichsversicherungskamt Nachwahlen von sechs Stellvertretern aus dem Stande der Arbeiter habe ich vorgenommen habe. Nun, den Arbeitern sind seine Stellvertreter nachgewählt, obwohl auch diese überberufen sind. Die Wahlen der Beisitzer aus der Arbeiterschaft sind überdrüssig, unangemessen kompliziert, und erfolgen nach einem so vorschriftsmäßigen System, daß man die Nachwahlen gerne so lange als möglich hinausschiebt. Wer sich nicht mit dieser Materie beschäftigen will — und ich glaube, auch die große Mehrzahl hier im Reichstage weiß nicht, wie es geht — der ist über dieses Wahlsystem gar nicht orientiert! Es ist geradezu eine Verhöhnung des Begriffs „Wahl“. Über jene Nachwahlen habe ich folgende Auskunft erhalten: Bereits vor

längerer Zeit hat das Reichsversicherungskamt dem Reichstag eine Änderung eines Paragraphen über die Wahlen vorgeschlagen werden. Dieses Gesetz wurde voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Reichstages vorgelegt werden. Es werden darin auch die Differenzen des Vorredners beseitigt werden. Die Frage, ob es geboten sei dem innerhalb der ersten 13 Wochen gefundenen Arbeiter auch von Seiten der Berufsgenossenschaft eine Rente zu gewähren, die er nach der bisherigen Erfahrung erst nach Ablauf der 13. Woche einfaßt, halte er für eine offene. Ich habe bis jetzt diese Frage noch nicht in separato behandelt, weil die Zahl dieser Fälle eine zu groß ist.

Die Behauptung des Regierungsvorvertreters rief den lebhaften Widerstand der Sozialdemokraten her vor. Herr von Bötticher verlangt das „Beweismaterial“ und lehnt fort:

Das Verlangen einer höheren Rente für die Hinterbliebenen im Falle der Tötung eines Versicherten, welcher bereits Rente bezog, ist deshalb bedenklich, weil der zu gewährende höhere Rente gar kein Äquivalent gegenübersteht; ein gewisser Billigkeitsanspruch ist aber anzuerkennen. Der Herr Vorredner wünscht eine Aufhebung der Landesversicherungskämter, er hat dafür aber nur eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichsversicherungskamt und dem sächsischen Landesversicherungskamt angeführt; ich kann ihm die Versicherung geben, daß wir die Landesversicherungskämter nicht eingeführt haben, um dem Zentrum einen Gefallen zu thun, sondern um den Interessen der Versicherten zu dienen. Zu Unzuträglichkeiten haben diese Institutionen bisher nicht geführt. Die Landeskämter stehen in voller Harmonie mit dem Reichsversicherungskamt und den Wünschen nach Verstärkung der ersten habe ich heute zum ersten Male vom Abgeordneten Grilleberger gehört. Das Alters- und Invaliditätsgebot hat wider unter Gewalten eine besonders günstige Aufnahme in den Interessentreffen gefunden und seine Ausführung hat sich überaus glücklich vollzogen.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

„Man hat aus dem böse beleumdeten Markenleben eine Menge von Stoff für die Rückitung des Unzufriedenheitsbagatillus hergeleitet. Das Gesetz selbst giebt im § 12 das Mittel an die Hand wie man um das Markenleben herumkommt. Wenn eine Gemeinde findet, daß ihre Angehörigen durch das Leben zu sehr belastet werden, so steht nichts im Wege, daß sie beschließt, ihren Bürgern das Leben abzunehmen. In ganzem Landesteile, ich erinnere an Baden, ist das bereits geschehen; ich empfehle, daß da wo das Leben wirklich zu Unzuträglichkeiten führt, von der Fatusätzung des § 112 Gebrauch gemacht wird.“

Unter Zustimmung der Sozialdemokraten richtete Herr von Bötticher an die prinzipiellen Gegner der Alters- und Invaliditätsversicherung folgende Worte:

„Doch das Gesetz verbessert bedürftig und auch fälig ist, erkenne ich bereitwillig an. Eine Aufhebung kann aber nicht gedacht werden. Sie können doch nicht verlangen, daß 11 Millionen Arbeiter, welche von den Vorrichtungen des Gesetzes einen Nutzen ziehen und gewissermaßen daher einen Anspruch erworben haben, auf einmal dieser Vorrichtung verlustig gehen sollten. Sie werden niemals einen Gesetzgeber dazu bringen, daß einer solchen Schrift thut.“

Die Berliner „Volkszeitung“, welche leider seit einiger Zeit das sozialpolitischen Verständnisses baar zu sein scheint, meint zu dieser Debatte:

„Die große Mehrheit des Reichstages steht mit den Regierungen ein für das Invaliditätsgebot, freilich aus verschiedenen, ja entgegengesetzten Gründen. Die rechtsfreudigen Parteien betrachten das Gesetz als ein wertvolles Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, und die Sozialdemokratie halten es hoch als die wirkliche Propaganda für ihre Ideen. Wer von beiden hat wohl Recht? Unzweifelhaft die Letztere, die einleuchtend durch den Reichszuschuß ihr sozialisches Prinzip anerkannt, andererseits durch die wachsende Unzufriedenheit mit fast allen Bestimmungen des Gesetzes ihre Läuse läuft. Beide Parteien gehen in die Schuppen von den Augen der Regierungen und der Reichstagsmehrheit fallen werden, dürfte es leider, wie bei dem Sozialitätsgebot, zu spät sein.“

Also das „demokratische“ Berliner „Volkszeitung“ auch im Lager der demagogischen Feinde. Zu seinem Vortheil hat sich das Blatt damit nicht geändert!

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Gegenüber dem frechen Auftreten von Streitbrechern — daß die „Schwab. Tagwacht“ den Arbeitern, sich um diese Leute nicht weiter zu kümmern, es solle um ihretwillen auch nicht ein braver Arbeiter auch nur eine Stunde im Gefängnis zubringen. Wir schließen uns diesem Rathe durchaus an und wollen nur noch bemerken, daß es zwar sehr schwierig ist, aber nichtsdestoweniger Pflicht der charaktervollen zielbewußten Arbeiter bleibt, daß Unreinen der Streit-

brecherel durch überzeugende Aufklärung jener Arbeiter einzubauen, die sich dem Kapital zu jolchem entzündigen Dienste zur Verfügung stellen.

* "Der Deutsche Tischlerverband plant einen allgemeinen Streik." Diese Nachricht hatte für das "Heroldische Telegraphenbüro" an in die Welt gekehrt. Der Vorstand jener in Stuttgart domicilierten Organisation heftet nun mit, daß diese falsche Nachricht wahrscheinlich mit einer am 31. Januar in Saarbrücken stattgehabten Versammlung der Schreinermäster in Verbindung zu bringen sei wird. Noch ein anderes Vorankommen in dieser Versammlung, welcher 38 Meister und ein Polizeikommissar beteiligten, muß das höchste Staunen hervorrufen. Der Polizeikommissar stellte nämlich der Versammlung die Liste der Mitarbeiter des Deutschen Tischlerverbandes vor. Diese Liste wurde verlesen und die Versammlung beschloß dann, daß "luminiellen Mitgliedern des deutschen Tischlerverbandes gefüllt werden solle, sofern sie nicht aus demselben austreten. Selbstredend sind die erforderlichen Schritte gegen den Polizeikommissar sofort eingeleitet. Der preußische Minister des Innern wird auf dieses unehrbare Vorankommen hin höchstens nicht verschweigen; sämtliche Polizeibehörden zur strengsten Verhängnis hinsichtlich solcher amtlich erlangter Kenntnisse Dritten gegenüber, mit dem erforderlichen Nachdruck zu veranlassen.

„An die Maurer Deutschlands“

richtet im Berliner „Baugewerbe“, Herr Fr. Emmer, zu Gießenstein bei Halle a. S., einen Aufruf. Herr Emmer besitzt die Unverantwortlichkeit, sich als „Vertrauensmann der deutschen Maurer“ zu bezeichnen. Bekanntlich hat eine Konferenz der Anhänger des sogenannten „Berlinischen Märtung“ sich den bürgerlichen Scher gemacht, dieses Amt zu erfinden. Vertrauensmänner der deutschen Maurer sind nun selbstverständlich für diese nur diejenigen Kollegen, die unserer gewerkschaftlicher Kongress für berufen erachtet hat, es zu sein, die der Kongress mit solchen Ehrennamen betraut hat. Herr Emmer mag sich als Beauftragter der benannten Oppositions- und Kreisfleiter-Klasse bezeichnen; ihn „Vertrauensmann der deutschen Maurer“ zu bezeichnen, ist eine abneurige Unmausung.

Herr Emmer's Aufruf betrifft den bevorstehenden Gewerkschaftskongress in Halberstadt. Es heißt darin:

"Da wir überzeugt sind, daß unsere Organisation von vielen Anhängern der formellen Verbandsorganisation verkannt wird, halten wir es für unser Pflicht, dieselbe auf dem Kongress anzulegen; um zu zeigen, daß unser System in jeder Beziehung, in finanzieller, wirtschaftlicher, sowie in politischer Richtung den Arbeitern Deutschlands Rechnung trägt.

Auf Grund des Obigen erucht Unterzeichnete die Maurer Deutschlands, resp. diejenigen Vertrauensmänner derselben, welche auf dem Boden der freien Organisation stehen, umgesäumt öffentliche Maurerveranstaltungen einzuberufen und Delegierte zu diesem Kongress zu wählen.

Zu empfehlen wäre, daß die kleineren Orte, welche nicht selbstständig die Mittel für Beschickung des Kongresses aufbringen können, die Delegierten der größeren Städte mit ihrer Vertretung beauftragen.

Darüber, was Herr Emmer's „Überzeugung“ wert ist, daß die von ihm vertretene Organisation von vielen Anhängern der "formellen" (!!) Verbandsorganisation verkannt wird (!!), will ich hier kein Wort verlieren. Die Herren Organisationsfürstler werden mit ihren "Darlegungen" auf dem Gewerkschaftskongress ebenso wenig Glück haben, wie sie es bei den Maurern Deutschlands und auf deren Kongressen hatten.

Zwei dieser Zeilen ist lediglich, die Kollegen ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Herr Emmer nicht befugt ist, sich als „Vertrauensmann der deutschen Maurer“ zu gerieren und als solcher den Kollegen Vorschläge zu machen. Die Maurer Deutschlands haben ihre Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress, eine solche zu schaffen, bedarf es nicht der Abhaltung von Versammlungen und der Delegiertenwahlen. Die Kollegen werden gut thun, sich die ihnen von Herrn Emmer zugeschriebenen Wünsche und Gelöbner zu sparen. Wollen die Anhänger der sogenannten "freien" Organisation den Kongress besuchen, so mögen sie das thun; aber die „Maurer Deutschlands“ haben damit nichts zu thun.

A. Dammann.

Situationsberichte.

Maurer.

Gefurt. Eine öffentliche Maurerveranstaltung fand am 12. d. Ms. Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Gottharthstraße Nr. 14, statt, mit der Tagesordnung: "Die Aufgaben der Gewerkschafts-Organisation unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zustände." Als

Referent war Kollege Ed. Steinecke aus Zwiesel angemeldet und erschien. Nachdem das Bureau durch die Kameraden Schaufl, Kleinere und Kötlich gebildet war, erhielt der Referent zu seinem Vortrage das Wort. Redner stellte zunächst den schwachen Besuch der Versammlung, freute sich aber trotzdem, daß wenigstens der alte Stammtisch am Platz sei, und kam nun auf die ungünstige Lage der Arbeiter unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise zu sprechen. Weil von den Meistern und dem Unternehmertum Alles aufgeboten würde, die Rechte der Arbeiter zu untergraben, müsse es Ausgabe eines jeden einzelnen Kameraden sein, die unorganisierten Arbeiter aufzulären und dieselben zu einer Organisation herausziehen, nur dadurch könnten bessere Zustände der Welt geschaffen werden. Er führte weiter aus, wie notwendig es sei, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter den heutigen Zuständen erreicht werde. Den Referenten wurde von den anwesenden Kameraden reicher Beifall gezollt. Zu "Berichtenes" sprachen mehrere Kollegen über die alten noch am Platz herrschenden Nebenstände und forderten aus, mit aller Energie dagegen einzutreten, sie zu beputzen. Hierauf wurde von Vorsitzender mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung geschlossen.

Gefurt. Am 5. Februar hielt die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Aussage und Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Abrechnung vom vorigen Quartal und Wahl der Zahlstellenverwaltung. Nachdem der erste Punkt erledigt war, wurde den Mitgliedern die Abrechnung vom Bevollmächtigten vorgelesen, und von den Revisoren bestätigt. Hierauf wurde zur Zahlstellenverwaltung geschritten und folgende Kameraden gewählt: als erster Bevollmächtigter F. Jäger, als dessen Stellvertreter G. Groß und als Schriftführer R. Müller. Als Revisoren wurden die Kameraden W. Boss, Kaiser und M. Jäger gewählt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten der Zahlstelle geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Wandsbek. Am 7. Februar fand eine Hauptmitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ufw. statt, in welcher die Bevollmächtigte zunächst einen Rückblick gab über die Entwicklung der Zahlstelle seit ihrer Gründung. Sobald wurde vom Kassier die Abrechnung verlesen, welche eine Einnahme von M. 69,15, eine Ausgabe von M. 65,03 und einen Bestand von M. 4,12 auswies. Hierauf erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung und wurden gewählt W. Böhme als Bevollmächtigter, Steinbock als dessen Stellvertreter und Steinmann als Kassier. Auch als dessen Stellvertreter und Steinmann als Schriftführer. Zu Revisoren wurden Werner, Bentin und Stehn, zu Kontrolleuren Meyer und Wagner und zu Bibliothekaren Böß und Cavier gewählt. Von dem Bevollmächtigten wurde nunmehr ein Brief eines ausgeschlossenen Mitgliedes verlesen, in welchem dasselbe nun seine Wiederaufnahme anstrebt. Die Wiederaufnahme wurde beschlossen. Betreffs der Verwaltung wurde beschlossen, bis auf Weiteres eine Rendierung nicht eintreten zu lassen. Von dem Kassier wurde die Mitteilung gemacht, daß das Mitglied Bärow sich mit seinen Beiträgen länger als 3 Monate im Rückstand und infolgedessen als freiwillig ausgeschieden zu betrachten sei. Zum Schlusse erließ ein Brief des Vorstandes zur Verleihung, in welchem derartige den Mitgliedern zur Beachtung empfohlen, bei etwa ausbrechenden Differenzen zwischen den Mitgliedern und ihren Unternehmen nicht sofort die Arbeit einzustellen, sondern die Verwaltung hiervon in Kenntnis zu nehmen, damit die Sache untersucht und den Mitgliedern in der nächsten Versammlung zur Beschlussfassung unterbreitet könne.

Hannover. In der am 16. Februar abgehaltenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt der Bevollmächtigte, Kollege Groß, einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über "Das Handwerk und die Industrie". Redner schilderte in trefflicher Weise die heutigen Zustände im "Handwerk", wobei die Bestrebungen der Jungenherrschaft unter Hinweis auf den nunmehr (jetzt bereits stattgefundenen) stattfindenden Handwerkerstag vor ihm den Anwesenden recht klar vor Augen geführt wurden. Daß das Unternehmen recht klar vor Augen geführt wurden, daß das Unternehmerthum, ob Handwerker oder Großindustrieller, alle Forderungen der Arbeiter ablehne, sei allbekannt. Thatjache und deshalb müßten die Arbeiter sich besser wie in früheren Jahren organisieren. Zu diesem Zwecke seien die Loyalorganisationen ausgelöst und Centralorganisationen geschaffen worden; es sei Pflicht aller Arbeiter, diesen beizutreten. Hierauf wurde beobachtet, eine Rechtschlagskommission einzugeben und würden in dieselbe außer dem Bevollmächtigten die Kollegen Volland, Blinde, Fahr und Bom, zu Erzählmännern Heinrichs, Tiefe und Humpert gewählt. Sobald wurde ein ständiges Festomitee, bestehend aus den Kollegen Fuge, Ludwig und Lebbeke ernannt. Nachdem dann noch Kollege Volland zum Vorsitzender der Weihnachtsküche ernannt war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Wartin. Am 7. Februar hielt die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen ihre Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Wahl der Zahlstellenverwaltung. 4. Berichtenes. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurde zum zweiten Punkt vom Kassier die Abrechnung verlesen und dieselbe von der Versammlung für richtig befunden. Hierauf wurde zur Wahl der Verwaltung geschritten, gewählt wurden wieder Bevollmächtigter F. Böckle, als dessen Stellvertreter W. Kötzsch, als Schriftführer Ch. Sellmann. Als Revisoren wurden gewählt J. Nohde, C. Gördts. Zum vierten Punkt sprach der Bevollmächtigte, seit Beidauern über den schlechten Besuch der Versammlungen

in kurzen Worten aus. Da es hier am Orte noch schlecht genug mit unserer Organisation steht und die Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, nicht zu bewegen seien, dem Zentralverbande beizutreten, so sei es Pflicht eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Hierauf erfolgte Schluss der Versammlung.

Geestemünde. Am Dienstag, den 16. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ufw. statt, in welcher zunächst von dem Kassier die Abrechnung des zweiten Quartals verlesen und von der Versammlung für richtig befunden wurde. Sobald erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung und wurden gewählt: G. Simon als Bevollmächtigter, W. Müller als dessen Stellvertreter, A. Becker als Kassier, W. Flügge als dessen Stellvertreter und als Schriftführer A. Reich. Als Revisoren wurden gewählt: Sander, Schäfner und Hartmann. Im Punkt "Berichtenes" wurde beschlossen: ein Mitglied, welches 6 Monate dem Verbande angehört hat, wird im Falle seiner Extraktur entlastet und erhält, wenn es 6 Wochen lang gewesen ist, eine Unterstützung von M. 30. Ferner wurde beschlossen, daß der Kassier alle vier Wochen 10 % von jedem Mitgliede für seine Wiederwahl einfordern kann. Sobald wurde von Bauer als Antrag gestellt, sämtliche für die Zahlstelle vor kommenden Drucksachen in der Druckerei der "Volksstimme" anfertigen zu lassen und jede Hauptversammlung einmal in der "Norddeutschen Volksstimme" bekannt zu machen. Ferner machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Hafenarbeiter von Geestemünde, Bremerhaven und Lehe am 28. Februar eine Fahnenweihe abhalten; es sei Pflicht der Mitglieder, sich an dem Fest zu beteiligen.

Ueteren. Am Sonnabend, den 6. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle für Ueteren und Umgegend des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Auf der Tagesordnung stand:

1. Berichterstattung der Lohnkommission; 2. Abrechnung vom 2. Quartal; 3. Wahl der Zahlstellenverwaltung; 4. Berichtenes. Nachdem das Protokoll verlesen und ein Mitglied aufgenommen war, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Im ersten Punkt berichtete die Lohnkommission, daß sich sämtliche Meister mit dem von der Zahlstelle aufgestellten Lohntarif durch Namensunterchrift einverstanden erklärt. Im zweiten Punkt verlas der Kassier die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde. Sobald erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung. Gewählt wurden: als Bevollmächtigter F. Dahms, als dessen Stellvertreter F. Gördts, als Schriftführer H. Hört und als Schriftführer C. Nagel. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen J. Fuhendorf, F. Jüchsen, W. Gatz. Im Punkt "Berichtenes" wurde von der Versammlung beschlossen, Spendenabenden durchzulassen zu lassen und dieselben beim Infrastraten neuen Lohnarifs unter den Kollegen zu verbreiten. Zum Schlusse forderte der Bevollmächtigte auf, kräftig für den Verband einzutreten, und auch der Zahlstellenverwaltung entgegenzutreten, um dieser die Arbeit so viel wie möglich zu erleichtern. Hierauf erfolgte Schluss der Versammlung.

Nürnberg. Am Sonntag, den 14. Februar, tagte eine General-Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ufw. Zahlstelle Nürnberg. Nachdem der erste Punkt durch die Aufnahme eines Kollegen erledigt wurde, da der Kassier, Herr Frelein, die Abrechnung nicht fertiggestellt hatte, beschlossen, daß dieselbe bis zur nächsten Mitgliederversammlung die Rechnung abschließen habe. Sobald wurde die Wahl der Zahlstellenverwaltung vorgenommen und die Kollegen Böni als erster und Erhart als zweiter Bevollmächtigter wiedergewählt, ferner wurden gewählt H. Hößdörfer als Kassier, Gleißner als Stellvertreter, Brühl als Schriftführer und Weiber, Fröhling und Hösch als Revisoren. Der Kollege Hößdörfer hatte einen Antrag gestellt betreffend der Beferbezahlung der Sammlerleute. "Grundstein" verbreitete. Nach langer Debatte wurde über dieler Antrag vom Antragsteller bis auf Weiteres zurückgezogen. Hierauf kam ein während der Versammlung eingelaufer Brief zur Verleihung, in welchem ein sehr gutes Mitglied des früheren Fachvereins der Maurer und Steinauer M. Aufnahme in den Zentralverband und zugleich um Rechtschutz nachsuchte. Es wurde in Anbetracht, daß es dem Geschäftsrat durch eine durch einen Unfall sich angezogene sehr schwere Krankheit unmöglich war, sich in den Zentralverband aufzunehmen zu lassen, beschlossen, sich in dieser Sache an die Zentralleitung zu wenden und dieselbe zu erüthen, wenn möglich Rechtschutz zu gewähren. Hierauf folgte Schluss der Versammlung.

Northeim. Am 13. Februar tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem die Beiträge erhoben und sich ein Mitglied hatte aufnehmen lassen, wurde zur Wahl der Zahlstellenverwaltung geschritten und nach einer regen Debatte beschlossen, die Wahl durch Ablösung vorzunehmen. Gewählt wurden G. Webeler als Bevollmächtigter, O. Zeiß als dessen Stellvertreter, A. Kruse als Kassier, A. Richter als Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt G. Geithard, M. Richter und Fr. Eiling II. Die neu gewählte Verwaltung versprach, nach besten Kräften ihr Amt verwalten zu wollen. Im "Berichtenes" wurde beschlossen, dem verunglückten Kollegen Bommer eine Unterstützung als der Kasse zu gewähren und durch Sammlerleute Geld zur weiteren Unterstützung aufzutreiben. Außerdem wurde der Wunsch ausgesprochen, die Mitglieder möchten doch etwas zahlreicher in den Versammlungen erscheinen und etwas mehr Agitation für den Verband betreiben, denn nur durch diesen könnten wir etwas dem Unternehmertum erringen.

Schwedt a. O. Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ufw. hielt am 7. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Quartals-Abrechnung

2. Bibliothekangelegenheiten. 3. Wahlen der Zahlstellenverwaltung 4. Verschiedenes. Zunächst erfolgte vom Kassirer die Berleistung der Abrechnung, dieselbe wurde als richtig anerkannt und der Kassirer entlastet. Alsdann wurde vom Schriftführer die von der Verwaltung ausgearbeitete Bibliothekordnung verlesen und vor der Versammlung angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß Herr Der deutsche Bauernkrieg für die Bibliothek aufzugeben. Hierauf wurde die Wahl der Zahlstellenverwaltung durch Stimmentzettel vorgenommen und wurden sämtliche Beamten wiedergewählt und zwar zum Bevollmächtigten Max Weißer, als dessen Stellvertreter Robert Otto, zum Kassirer Carl Varge, als dessen Stellvertreter Karl Kunz, zum Schriftführer Hermann Stich, Wilhelm Grün und Otto Schmidendorf. Im Verschiedenen wurde der verstorbene Kollegen Gustav Schön gedacht und ehrt die Versammlung sein Andenken durch Erheben von den Ebenen. Nachdem noch einige kleinere Sachen ihre Erledigung gefunden, schloß der Bevollmächtigte mit einem dreisachen Hoch auf das gute Gedanken des Verbandes die Versammlung.

Binneberg. Am 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen im洛ale des Herrn Haushalt mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Wahl der Zahlstellenverwaltung, Verschiedenes und Fragefragen. Nachdem der erste Punkt erledigt wurde die Wahl vorgenommen und folgende Kollegen gewählt: G. Rügge, Bevollmächtigter; C. Weimann, Stellvertreter; W. Dittmann, Kassirer; A. Timm, Stellvertreter; H. Oldemann, Schriftführer; Schäfer, Spahr, Dillmann, Reitzenreiter. Den fragelosen beschworen sich mehrere Bauarbeiter über zu hohen Beitrag, es wurde ihnen aber nachgewiesen, daß der Beitrag nach dem Volumen berechnet sei und sie ihren Lohn entsprechend nicht mehr zu bezahlen hätten, wie die Maurer. Es wurde ihnen an's Herz gelegt, deshalb nicht zu verzagen, denn wenn wir was erzielen wollten müßten wir auch kleine Opfer nicht scheuen. Dann von den Meistern und Unternehmern sei nichts zu erwarten, wenn wir was erreichen wollten, müßten wir seit zusammenhalten und ein jedes Mitglied dann nachstreben, daß seine Mitarbeiter im Verbande beitreten, dann würden die Erfolge nicht ausbleiben, denn vereint seien wir Alles, vereinzelt Nichts.

Chemnitz. Die hiesige Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen hielt am 21. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Rahmen Punkt 1 der Tagesordnung: "Aufnahme neuer Mitglieder und Erhebung der Beiträge" erledigt war, erstattete der Kassirer, Kollege Hinckel, den Kassierbericht. Die Versammlung sprach sich sehr mißlich über das sämige Zahlen, der Mitglieder aus, und wurde beschlossen, folgende Mitglieder aufzufordern, ihren Verpflichtungen spätestens bis zum 5. März nachzukommen, widrigfalls sie dann sofort gestrichen werden. Otto Schaar chmidt in Kappel, Vnde Nr. 28305; Hermann Frisch in Chemnitz, " 28314; Andreas Töhr aus Böhmen, " 28317; Joseph Körner in Kappel, " 28318; Gustav Rehwinkel in Kappel, " 28321; Gustav Schäf in Chemnitz, " 28341. Im letzten Punkt, "Verbandsangelegenheiten", wurde sehr bedauert, daß die Vorstandsmitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle der Krankenkasse "Grundstein zur Einigkeit" sehr unsolidarisch gegen die Kollegen handeln. Die Lage der Maurer und Bauarbeiter scheint hier diesen Sommer eine sehr ungünstige zu werden; wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, haben die Innungsmeister beschlossen, den Stundenlohn auf 25,- herabzusetzen.

Duisburg. In der am Sonntag, den 7. d. M. stattgefundenen leider schwach besuchten Mitgliederversammlung der Zahlstelle Duisburg des Centralverbandes der Maurer Deutschlands war sond. zunächst die Neuwahl der Verwaltungsbeamten statt. Aus dieser Wahl gingen hervor: Als Bevollmächtigter F. Kahl, Burgplatz 27, Stellvertreter C. Brüggemann u. a. 1. Kassirer H. Schmid, Stellvertreter F. Schädel und als Schriftführer H. Minuth. Dann ordnete der Bevollmächtigte zur tiefen Agitation für den Verband auf und empfaßt den Mitgliedern, das Statut etwas besser durchzulesen, damit jeder den uns noch Fernstehenden die Vortheile des Verbandes klarlegen könne. Unter Anderem führte Redner an, daß die Kollegen schon aus ihrem Schlafe ausgerüttelt würden durch die Unternehmer, denn es mache sich ja schon das Unternehmen bemerkbar, bei Lohn herunterzudrücken, leider kommt das Erwachen für die Duisburger Kollegen dann zu spät. Als erster Punkt für die nächste Versammlung wurde festgelegt: Die Bestrebungen und der Nutzen des Centralverbandes. Dann wurde noch ein Antrag angenommen, den Vorstand zu ersuchen, die Extrasteuer hier am Orte auf 40,- herabzusetzen.

Rostock. Am Mittwoch, den 19. Februar, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands bei Herrn P. Brandt, Bogeninenberg 16, mit der Tagesordnung: 1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung. 2. Vortrag über "Wissen ist Macht". 3. Verschiedenes. In die Zahlstellenverwaltung wurden der Bevollmächtigte, F. Müttgordt und sein Stellvertreter M. Lünow wieder gewählt, und zum Kassirer wurde C. Lünow, als dessen Stellvertreter C. Hebenstall und als Schriftführer F. Schönfeld, als Revisorin die Kollegen H. Barten und H. Vorn gewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte unser junger Genosse W. Högel das Referat übernommen und erledigte derselbe seine Aufgabe zur Rücksichtnahme aller Anwesenden, wie aus der gespannten Aufmerksamkeit mit der Versammlung seinen Worten lauschte, zur Genüge hervorragte. Der Grundgedanke seiner Ausführungen lag darin, daß man hauptsächlich suchen müsse, dem Volke eine wissenschaftliche Grundlage für seine Be-

trebungen zu geben, denn die große gerechte Sache, die es anstrebe, sei nicht nur eine Machfrage, sondern vielmehr eine Kultursache, und in diesem Sinne müßte sie auch gelöst werden. Erst wenn das Volk genügend wissenschaftlich gebildet sei, wenn es sich die Fortschritte der Wissenschaft zu eigen gemacht hätte, wenn dieselben Gemeingut des Volkes geworden seien, dann habe es auch die Macht in Händen. Dieses wünschten unsere Gegner sehr wohl, darum waren sie sich auch stets bemüht, die Fortschritte der Wissenschaft, sowohl Alles, was dem Volke Ausklärung schaffe, zu verfolgen und zu verüben. Hauptsächlich habe die Kirche einen Theil hierbei getragen, wojuß Redner einige Stellen aus Dr. Dult's "Fergang des Lebens Jesu" als Beleg anführte. Unter Anderem führte er an, daß Männer, wie Bruno, der Brache, Kepler, Galileo Galilei usw., als großer Förcher für Wahrheit und Gerechtigkeit und auch als Märtyrer der Wissenschaften bekannt seien und ihrer Überzeugung wegen viele Verfolgungen zu erdulden hatten. Aber auch noch heute seien die Inquisitionsträume nicht verschwunden, wenn sich auch ihre Form und ihr Charakter geändert hätte; noch heute suche man eine Überzeugung auszuholen, welche, aus dem Zustande der Gesellschaft entspringt, selbst ein Zeugnis von der Fruchtbarkeit des menschlichen Geistes sei. Noch heute sei man vernünftig genug, über Millionen Anhänger einer neuen Wirthschaftslehre die Acht auszuschreien; noch heute dürfe, der Freund der Wahrheit es nicht wagen, sich ihrer Verkündigung zu widmen, wenn er nicht seine Existenz gefährdet sehen wolle. Wie Ernst es man, dann meine, das Volk geistig zu heben und zu veredeln, das gelinge des heutigen Volkschulwesens zu Evidenz. Ans Atem sei zu schließen, daß wir vor oben herab nichts zu erwarten, sondern selbst Hand an's Werk zu legen hätten, und dazu seien unsere Vereine reich Verbindungen geschaffen. Nun sollte man aber auch den geistigen Ausbildung der Mitglieder mehr Aufmerksamkeit zuwenden, dieses sei einer der wichtigsten Punkte, denn wenn es erst gelungen sei, das Volk genügend geistig zu bilden, dann würde es unsere Bestrebungen erleben lernen und sich uns anschließen. Eine Diskussion über den Vortrag stand nicht statt. Am dritten Punkt wurden noch einige innere Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung von dem Bevollmächtigten mit einer Erinnerung an die Mitglieder, für bejahr. befreite Versammlungen Sorge zu tragen, damit die Rostocker Maurer in nicht zu langer Zeit in ihrer alten Stärke wieder daständen, geschlossen.

Kassel. Am 17. Februar fand im洛ale des Herrn Wittrod eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt mit der Tagesordnung: 1. Über die erste Hälfte

bei Betriebsunfällen. 2. Verbreitung des "Grundstein". 3. Bibliothekfrage. 4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Vor Eintreten in die Tagesordnung machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die statistischen Fragebücher nur Ende März verabsagt werden und diejenigen Mitglieder, welche noch nicht im Besitz eines solchen seien, sich anmelden hätten. Im ersten Punkt hielt der Vorstehende einen Vortrag. Redner führte die zahlreichen Unfälle in den letzten Jahren und die dadurch entstandenen Konflikte und Blutvergütungen besonders an. Er erwähnte, es sei nötig, so viel wie möglich gutes Bandzeug und einfache Arzneimittel an den Baustellen zu halten und besonders bei Eintritt von Unfällen, seien auch noch so geringfügig, sofort seinen nächsten Vorgesetzten zu benachrichtigen. Im zweiten Punkt entstand eine lebhafte Debatte. Kollege Dam machte den Vorschlag, alle 14 Tage 2-3 Kollegen aus der Versammlung zu wählen, welche den "Grundstein" verbreiten. Der Vorschlag stelle den Antrag, einen Kollegen zu wählen und denselben 6. Vergütung pro Quartal zu bewilligen. Es wurde hierüber abgestimmt und der Antrag des Vorschlags angenommen. Die Kollegen Degenhard und Krüger boten sich zur Verbreitung des "Grundstein" an und wurden von der Versammlung angenommen. Im dritten Punkt stellte Kollege Dam den Antrag, die vier Kongreßbücher, welche sich sehr gut zur Bibliothek eignen, zusammen in einen Band binden zu lassen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Im Verschiedenen wurden noch mehrere Einzelheiten besprochen. Kollege Müller erläuterte den § 18 des Statuts vorzulesen; der Vorsteher sang diesem Wunsche nach und wurde der Paragraph von der Versammlung näher besprochen. Da die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 10 Uhr.

Rudolstadt. Am Dienstag, den 16. Februar, fand im Langschen Restaurant eine öffentliche Maurerversammlung statt, welche nur schwach besucht war, was hauptsächlich wohl daran liegt, daß mancher Maurer hier am Orte schon längst außer Arbeit ist. Nachdem um 8 Uhr die Versammlung vom Einberufen eröffnet und das Bureau bestehend aus den Herren Brodhausen, Hauer, E. Borsig, Matthes, 2. Vorsteher und Schubert, Schriftführer, gewählt war, machte der Herr Vorsteher folgende Tagesordnung bekannt: 1. Die Gewerkschaftsorganisation und die Unternehmensvereinigungen und ertheilte dem Referenten Herrn Louis Edstam 1 aus Rostock das Wort. Derselbe hielt einen sehr lehrreichen Vortrag, welcher von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Darauf forderte der Herr Referent sämtliche Kollegen von Rudolstadt und Umgegend auf, sich Mann zu Mann der Centralorganisation anzuschließen, welches auch schon in ersterlei Weise geschehen ist, denn es haben sich schon bereits 28 Mitglieder eingeschrieben. Es wurde Herr G. Brodhausen einstimmig als Vertrauensmann gewählt, welchem nun die Geschäfte obliegen, sich die Interessen, welche zur Zahlstelle gehören, schulen zu lassen. Nachdem der Herr Vorsteher noch seinen Dank im Namen der Anwesenden Herrn Louis Edstam darbrachte, hat sich er um 10 Uhr die Versammlung

schließt. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da der Referent am Erstgenannten verhindert war, wurde zum 3. Punkt, "Verschiedenes", übergegangen. Es wurde hierfür die Abrechnung vom Maschinenabverkaufsvorstand und ergab dieselbe einen Überschuss von M. 100,35. Weiter wurde der Antrag angenommen, am ersten Osterfeiertag eine Matinee im "Königshof" zu veranstalten und wurde der Eintrittspreis auf 30,- S. festgesetzt, der Vorstand wurde mit der Leitung des Bergungsbetriebs beauftragt. Außerdem wurde von mehreren Kollegen ein Klängenzert in den Pfingstferientagen beantragt; dieser Antrag konnte nicht erledigt werden, weil noch kein Vorstand festgemacht war, und wurden die Kollegen Rode, Jachmann und Müller zur Beförderung des Loslos gewählt. Nachdem noch mehrere kleinere Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgart. Am Sonntag, den 11. Februar, Vormittags 10 Uhr, fand eine Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt mit der Tagesordnung: 1. Abstimmung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung. 3. Abrechnung. 4. Innere Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Nachdem die Beiträge erhoben und sich fünf Kollegen hatten aufnehmen lassen, wurden in die Zahlstellenverwaltung gewählt: B. Burmeister als erster, W. Stolle als zweiter Bevollmächtigter, W. Haupt als erster, Lindner als zweiter Kassirer und Ch. Kern als Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt: die Kollegen Schleifer, Teufel und Baumann. Hierauf wurde von Kassirer die Abrechnung verlesen, dieselbe von der Versammlung fair richtig befunden und dem Kassirer Dohrga ertheilt. Von einigen Mitgliedern wurde gegen den Vertreter des "Grundstein" die Beschwerde erhoben, daß er ihm das Blatt zu unregelmäßig zusetzte. Kollege Altvater, der leidhafte Verbreiter, verprach, dafür Sorgen zu wollen, daß jedes Mitglied am Sonnabend Abend im Besitz des "Grundstein" sei, ausgenommen an den Sonnabenden, an welchen am darauffolgenden Sonntag Versammlung stattfindet. Hierauf wurde Kollege Altvater einstimmig als Verbreiter wiedergewählt. Im Verschiedenen wurde noch beschlossen, eine Vergnügungsstätte einzulegen und den unorganisierten Kollegen in Göppingen zum Frühjahr einen Beifall zwecks Antritts an den Verband abzustatten. Alsdann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung um 12,- Uhr.

Wilhelmsburg. Am Sonntag, den 7. Februar, fand im洛ale des Herrn Gerds eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Da der Schriftführer nicht anwesend war, wurde für diese Versammlung Kollege Lindner an seiner Stelle gewählt. Sodann wurde die von den Revisoren geprüfte und von dem Kassirer verfasste Abrechnung als richtig von der Versammlung anerkannt. Hierauf gab der Bevollmächtigte einen Rückblick auf das Jahr 1891 und führte aus, daß es in der nächsten Zeit unsere größte Pflicht sein müsse, die dem Verband noch fernstehenden Kollegen zu demselben heranzuziehen. Von dem Kassirer wurde bekannt gegeben, daß eine Anzahl Mitglieder mit ihren Beiträgen 3-4 Monate im Rückstand seien. Es wurde darauf beschlossen, denselben eine Frist bis zum 15. März zu geben, wenn sie bis dahin ihre Beiträge noch nicht bezahlt haben, deren Namen im "Grundstein" zu veröffentlichen und selbst aus dem Centralverband auszuschieben. In die Zahlstellenverwaltung wurden gewählt: H. Albig als Bevollmächtigter, H. Buc als dessen Stellvertreter, W. Lindner als Kassirer, K. Schleifer als dessen Stellvertreter, B. Schäfer als Schriftführer, H. Rose, K. Karsten, A. Süßen als Revisor. Im Verschiedenen wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung neue Korporeste für den "Grundstein" zu wählen. Es wurde vom Kassirer bekannt gemacht, daß zwei Mitglieder Reiseunterstützung bekommen hätten, welche aber nicht abgereist seien. Es wurde dieses zu reguli der nächsten Versammlung überlassen. Da die Zeit weit vorgeschritten und noch in demselben Votat eine andere Versammlung tagen sollte, wurde Schluß der Versammlung beantragt und angenommen.

Kiel. Am Mittwoch, den 10. Februar, fand eine Generalversammlung der Mitglieder der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands im "Englischen Garten" statt. Zunächst verfasste der Bevollmächtigte die Abrechnung für Monat Januar, welche ein Defizit von M. 7,12 auswies, zu welchem aus dem 2. Quartal ein Solches von M. 6,01 hinzukommt, so daß also die ganze Summe M. 13,13 beträgt. Brodhausen ist der Ansicht, daß das Defizit die Hauptlast bedenkt, während Broeleit gegenwärtiger Ansicht ist, daß zum Verbandsstage das Defizit aus dem noch vorhandenen Vermögen des früheren Fachvereins zu decken. Der Antrag wurde angenommen. Zum zweiten Punkt, Wahl der Zahlstellenverwaltung" übergehend, erklärte sich ausser Brodhausen, Stein, keiner bereit, den Posten als Bevollmächtigter zu übernehmen, und wurde dieselbe dann auch mit allen gegen 3 Stimmen wieder gewählt. Zum Stellvertreter wurde Broeleit, zum Kassirer Siebel, zu dessen Stellvertreter Kraut, zu dem Schriftführer E. Reuland und zu Revisoren die Herren Pätzl, Gütt und Steffen gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung erstattete zunächst der Vertrauensmann Herr Reuland einen Bericht über den Stand der Kaufmännischen und spricht sich dahin aus, daß wir uns wieder daran gewöhnen müssen, eine wöchentliche Extrastunde zu zahlen; damit, wenn Anforderungen an uns gestellt, wir auch leistungsfähig seien. Herr Brodhausen unterstellt diese Ausführungen lebhaft, dagegen war Broeleit der Meinung, daß immer mehr Anforderungen an die Kollegen gestellt würden und es an der Zeit sei, den Kollegen auch etwas zu bieten, statt immer zu fordern, z. B. bei der großen Arbeitslosigkeit, wäre es nicht mehr als recht und billig, daß den Kollegen eine kleine Unterstützung gewährt würde. Dieses wurde die Zahlstelle sehr haben. Er beantragte, daß der Vorstand ein dreisätziges Regulativ aussäte und in einer demokratischen Versammlung den Mitgliedern dieses vorlege. Herr Dinse

meinte, dieses gehöre in eine öffentliche, zu diesem Zweck einberufene Versammlung. Die nächsten Redner waren teils für, teils gegen den Antrag, schließlich wurde der erstere Antrag mit dem Zusatz angenommen, wenn ein Regulativ ausgearbeitet und von der Mitgliedschaft genehmigt ist, dasselbe auch einer öffentlichen Verkündigung vorzulegen. Es wurden nun zunächst einige Abstimmungen verhandelt; die erste aber bis zur nächsten Mitgliederversammlung zurückgestellt, um ein paar Mitglieder dazu einzuladen. Die zweite betraf den Kollegen W. v. d. h. u. gegen diese. Es beschäftigten sich an dieser Stelle sehr heftig geführte Debatte die Mehrzahl der anwesenden Mitglieder zu wiederholten Male. Kollege D. u. erklärte schließlich in der Hauptrede in den von ihm angeführten Thatsachen fälschlich unterrichtet gewesen zu sein und nahm dann auch die Anerkennungen, die auf Ersteren Bezug hatten, zurück, womit sich Kollege W. v. d. h. u. zufrieden gab. Zum Schluss wurden noch zwei Thürkontrolleure gewählt.

Calbe a. S. Am Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, tagte im Palais des Herrn Lüdke, Grabenstraße, eine General-Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands u. u. Da der Schriftführer durch Krankheit verhindert war zu erscheinen, wurde dem Kollegen Matius Lewi das Amt provisorisch übertragen. Nachdem im ersten Punkt der Tagesordnung sich ein Mitglied hatte aufnehmen lassen, wurde zur Wahl der Zahlstellenverwaltung geschritten und mittest Stimmentzettel gewählt: W. Kramer als Bevollmächtigter, K. Höglitz als dessen Stellvertreter, W. Vossdorf als Kassier, H. Müller als dessen Stellvertreter und B. Böhne als Schriftführer. Als Neuwahlen wurden gewählt H. Helmke, F. Fahrn und W. Heine. Über die Wahl eines Boten entspann sich eine rege Debatte, nach welcher Kollege K. Brehmer einstimmig auf ein Vierteljahr gewählt wurde. Die Verbreitung des "Grundstein" beim Alten zu belassen, wurde einstimmig angenommen. Im Punkt "Beschiedenes" wurde ein Antrag, betr. die Krausende und Bestattung verstorbenen Mitglieder angenommen und für jedes dahingehende Mitglied M. 6 aus der Zahlstelle bewilligt. Hierauf erfolgte um 11 Uhr Schluss der sehr schwach besuchten Versammlung.

Darburg. Eine ordentliche gut besuchte Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands Zahlstelle Darburg, fand am 11. Februar im Palais des Herrn Peters, Kornapp, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Bevollmächtigte die Mitglieder auf den Werth des Proschriften "Die Organisationsfrage" aufmerksam und forderte zum Anschaffen derselben auf. Hierauf gab der Bevollmächtigte eine gesichtliche Darlegung der Entwicklung der Centralorganisation mit beiderlei Bezugnahme auf die hiesige Zahlstelle. Am 25. Jann. v. J. habe ich der Fächerkreis aufgelöst und am 28. Jann. sei die Zahlstelle gegründet worden. Seit der Zeit hätten 16 Mitglieder verjährt, darunter schon recht zeitige, die am 14. Januar stattgefunden haben über den Ausschluss von 7 Mitgliedern, welche sich während des stattgefundenen zweitägigen Streits nicht ganz korrekt benommen, zu berathen gehabt, doch sei der Ausschluss nicht erfolgt, sondern man habe Milde walten lassen. Auch Maßregelungen des Bevollmächtigten durch den Verfasser B. bei Wiegel sei, was früher nie der Fall gewesen, vorgenommen, hauptsächlich trage aber auch wohl die jetzt heraufsteigende Krise hieran die Schuld. Aber umso mehr müsse es Pflicht eines jeden Mitgliedes sein, in ruhiger und besonnen Weise für den Verband zu agitieren, damit alle Maurer in Stadt und Land sich demselben anschließen, dann würden wir eine Macht bilden und Maßregelungen würden nicht mehr vorkommen. Hierauf erfolgte die Wahl der Zahlstellenverwaltung und wurden gewählt Preller als Bevollmächtigter, Frese als dessen Stellvertreter, Aug. Meier als Kassier, Aug. Meier als dessen Stellvertreter, G. Güllner als Schriftführer und K. Ullmann, H. Ulrich und F. Martens zu Revisorien. Auch das letzige Vereinslokal wurde für das Jahr wiedergewählt. Als Bibliothekare wurden W. Ulrich und C. Gerloff gewählt und hierauf nach Erledigung einiger unmittelbarer Angelegenheiten die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Bauhandwerker.

Köln a. Rh. Eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung fand am Montag, den 8. Februar, beim Wirth Rodenbach statt. Herr A. B. Paul aus Hannover referierte über die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter und wie schwierig wir Abschafft. Oft erklärten wir, selten einen solchen populär gehaltenen Vortrag gehört zu haben. Eine Diskussion über denselben fand nicht statt, weil tatsächlich das Thema vollständig er schöpft war. Zum zweiten Punkte "Beschiedenes" machten einige Redner Propaganda für die zentralistischen Hälfte, lassen und bemängelten die hiesige Ortszentralkasse. Ein anderer Redner erfuhr die Anwesenden, thalsträger wie bisher für die Gewerkschaften einzutreten, denn sie seien im Stande, die Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und sie zum Bewusstsein zu bringen, dass die Arbeiter nicht allein Pflichten hätten, sondern auch Rechte für sich in Anspruch zu nehmen hätten. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiter-Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Duisburg. Am Mittwoch, den 3. d. M., fand hier ebenfalls im Vereinslokal bei E. Breuer eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, welche leider wieder schwach besucht war. Kollege Paul aus Hannover als Referent sprach über "die Notlage im Baumgewerbe und wie in derselben abzuheben". Redner kritisierte in 1½ stündiger Rede unsre ganze sozialreformatorische Gesetzegebung, wies an der Hand von Thatsachen nach, dass gerade diejenigen Gewerbe, welche die längste Arbeitszeit haben, am meisten darunterliegen. Klühse wäre nur möglich durch eine strenge Zentralorganisation und eine längere Arbeitszeit. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. In der Diskussion,

tadelten mehrere Redner die Lauthet der hiesigen Kollegen und kritisieren die am 1. d. M. stattgefundenen Wahl der Bevölkerung zum hiesigen Gewerbege richt, in welches dank der Lauthet der Bauhandwerker und der Mägden schaften der Fabrikarbeiter, Beförderer und Geistlichkeit jetzt lauter Fabrikarbeiter gewählt sind.

Eingesandt.

Pinneberg, 20. Februar 1892.

Aufruf an die Maurer Deutschlands!

Die hiesigen Maurer und Bauschreiber hatten einen Wohntarif für das Jahr 1892/93 ausgearbeitet und den Meistern unterbreitet, um hier verschiedentlich bestehende Mißstände zu befechten. Unter Anderem wird eine Baubude und geregelte Arbeitszeit verlangt. Hierauf erhielten wir folgende Antwort:

Pinneberg, 12. Februar 1892

Hiermit zur Nachricht, dass leider die Eingabe der Wohntabelle abgelehnt ist.

Ergebnis:

H. Mohr.

Kollegen. Ihr könnt also sehen, wie schroff sich die Meister uns gegenüber benehmen, nicht mal eine Bau bude wollen sie uns geben, welche doch vor allen Dingen zur Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter notwendig ist und in welcher man wenigstens in den Paufen vor Wind und Wetter sich schützen kann. Einer der Meister erklärte: "Geben wir den Leuten keine Bude, so werden sie schlechter behandelt wie das Vieh", dieser stand aber kein Gehalt.

Da nun die hiesigen Meister größtenteils auf fremde Gesetze angewiesen sind, und sobald günstige Bitterung eintritt Arbeit genügend vorhanden ist, richten wir an alle reisenden Kollegen die Bitte, Pinneberg, Nellingen so lange zu meiden bis die Sache geregelt ist.

Kollegen, haltet den Zugang fern!

Die Wohntommission.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abrund gebeten.

Berichtigung.

Aus Leipzig.

Nach dem Versammlungsbericht aus Nordhausen in der Nummer 7 des "Grundstein" soll ich behauptet haben, in der Schweiz wäre der achtstündige Arbeitstag eingeführt; dies ist ein Irrthum des betr. Berichterstatters.

Zu der dortigen Verammlung kam ich nur auf die Schweiz zu sprechen, indem ich den Missbrauch, der heute mit dem Wort "Sozialreform" in Bezug auf die in Deutschland bestehenden Arbeiter-Berücksichtigung gesetzte ge trieben wird, kurz tritt und hierbei habe ich gelogen:

Unter Sozialreformativen Gesetzen kann man nur solche verstehen, die einen thatactischen Einfluss auf den gegenwärtigen Produktionsprozess ausüben, deshalb treffe das Wort "Sozialreform" viel eher auf die Fabrikgesetze derjenigen Länder zu, welche den Normalarbeitstag umfassen (z. B. auf England, die Schweiz usw.), weil derselbe, wenn auch gegenwärtig nur in begrenzter Weise, so doch thatactisch einen Einfluss auf den Produktionsprozess ausübt. Dies meine Ausführungen bedingtlich der Schweiz. Richard Beyer.

Briefstafeln.

Greifenhagen, ? Anonyme Berichte wandern in den Papierkorb.

Stade, H. Auch die Aufnahme Ihres "Eingesandt" müssen wir wegen Raumangangs ablehnen.

Essen (Ruhr). H. Ihren Bericht möglichen wir, da Sie der so oft von uns ausgesprochenen Bitte, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben, nicht entsprochen haben und es uns an Zeit mangelte, denselben nochmals abzuschreiben, von der Aufnahme in dieser Nummer auszuschließen.

Altona, S. Desgleichen.

Frankenhausen (Kreisgräfen). Desgleichen. Glückstadt, ?. Anonyme Berichte nehmen wir nicht auf.

Barkhausen, S. Die Aufnahme des fraglichen Berichtes ist deshalb unterblieben, weil wir anonyme Einladungen nicht berücksichtigen.

Berlin, S. Wir entnehmen uns nicht, von Ihnen im Januar eine Einführung erhalten zu haben. Den "Gewohnheitsfachler", das Papier auf beiden Seiten zu beschreiben, möchten wir Sie doch bitten, abzulegen. Bericht über Abtretung für diese Nummer zu spät ein.

Hamburg, H. Eine Zahlstellenverwaltung des Centralverbandes der Maurer u. u. kann, wenn sie einmal im Besitz überzähliger Exemplare des "Grundstein" ist, dieselben an Nichtmitglieder zwecks Agitation unentgeltlich verteilen. Ein Recht, dieselben zu verkaufen und den Erlös in ihrem eigenen Interesse zu verwenden, hat sie nicht.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sie Hamburg.

Bekanntmachungen.

Nachstehende Zahlstellen haben die Wahl ihrer Verwaltungsbäume beim Vorstand angemeldet:

Altona, Bremen, Berlin H., Calbe a. S., Chemnitz, Düsseldorf, Gutin, Essen a. Ruhr, Elberfeld, Frankenhausen, Kiel, Lauenburg, Lübeck-Wiebelbach, Oldenburg, Posen, Barchin, Rendsburg, Stuttgart, Stendal, Trier, Wandelsbach.

Spannendliche in vorstehenden Zahlstellen gewählte Verwaltungsbäume sind durch den Vorstand nach § 18 des Statuts bestätigt.

In Mülheim a. d. Ruhr wird die Reiseunterstützung von Carl Mathäus, Wellinghofen, Siegelse straße 111, Abends von 7—8 Uhr gezahlt. In Trier von Peter Koch, Jakobstr. 31, Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 7—8 Uhr.

In Lübeck-Wiebelbach von Georg Haas, Mittags von 12—2 Uhr.

In Stadtkirche von Emil Anton, Bachstr. 38 a.

Als verloren ist angemeldet:

Das Mitgliedebuch Nr. 2078, lautend auf

Theob. Ralfs aus Lübeck.

Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand.

J. U. A. Dammann, Vorsteher.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sie Hamburg.

In der Zeit vom 16. bis 23. Februar sind folgende Beiträge für die Hauptpost eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in:

Trier, M. 7,50, Stolp i. B. 9, Summa M. 16,50.

G. Wielbrandt, Hauptpostmeister.

Hamburg, Bolbergstrasse, Wilhelmstr. 13, L.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhaner, Gipser (Weißbinder) und Stoffateure Deutschlands "Grundstein zur Einigkeit".

Eingeschriebene Hülfstrasse Nr. 7, Sitz: Altona.

In der Woche vom 14. bis 20. Februar sind an Büchern abgefangt an die örtliche Verwaltung in: München M. 400, Rathenow 50, Bielefeld 100, Mainz 75, Tostendorf 60, Kreisburg i. B. 75, Berlin 1500, Böhl 75, Neu-Ruppin 50, Tagnid 100, Mannheim 300, Elbing 50, Braunschweig 200, Immenhausen 50, Rothenbach 100, Kaiserlautern 150, Würzburg 100, Wilmersdorf 200, Magdeburg 100, Nürnberg 150, Hamburg 500, Breslau 300, Hainstadt 120, Weissenfels 100, Tübingen 100, Briesen 100, Friedenheim 100, Neumünster 100, Cöln a. Rh. 200, Halle a. S. 300, Göttingen 100, Weimar 100, Herbsleben 300, Dortmund 100, Münster 150, Todenhausen 100, Gelsenkirchen 100, Worms 50, Elspe 200, Gründer 50, Tassel 100, Rostock 200, Forst i. O. 50, Seyda 125, Lippoldswiefer 50, Lahns 100, Mühlhausen 60, Greifenhagen 100, Stettin 400, Götzen 40, Osterberg 100, Leipzig-Reudnitz 300, Leipzig 200, Bromberg 75, Pforzheim 100, Alt-Gleis 100, Schwartau 100, Dresden-Schlesien 300, Danzig 150, Walschau i. M. 100, Böhlendorf 35, Frankfurt a. O. 100, Kiel 300, Waldmichelbach 100, Epelsheim 150, Ottersen 100, Summa M. 115,40.

Altona, den 20. Februar 1892.
C. Reis, Hauptpostmeister,
Friedrichshaderstraße Nr. 28.

Bekanntmachung.
Der Maurerbund Münchens zahlt an jeden organisierten reisenden Kollegen eine Unterstützung von 50 Pfennig, welche tags über von dem Herbergsvater, Herrn Böhm, Kreuzbräu, Brunnenstraße 7, und dem Unterzeichneten verabreicht wird.

Michael Böhl,
3. B. erster Vorstand:
Seestraße 5/3 b.

Aufforderung.
Der Maurerbund Münchens fordert
Heinrich Fischer

aus Schleswig, früher zweiter Vorstand desselben, auf sich des Bundes zu erinnern.

Der Vorstand.

Aufforderung
an die deutschen Kollegen.
Unterzeichneter erucht diejenigen Kollegen, denen der jetzige Aufenthalt des Maurers Theodor Müller aus Braasdorf bei Kritis in Sachsen bekannt ist, um sofortige Mittheilung der betreffenden Adresse.

Richard Beyer,
Vertrauensperson des Unterstützungs fonds M. 1,65
des Leipziger Maurer.
Schönfeld-Leipzig, Leipzigerstr. 5 c.

Unterstützungsbund der Maurer im Westen Berlin.

Mitglieder-Versammlung
am Montag, 7. März, Abends 8½ Uhr,
im Palais Königshof, Bülowstraße 37.

Tagess. Ordnung:
1. Vortrag des Genossen D. Autrich über "Gleiches Recht für Alle".
2. Diskussion.
3. Berichtes.

Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Bitturk.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

M. 2,70
Der Vorstand.

Hierdurch nehme ich die am 23. Januar d. J. in der Harnack'schen Wirtschaft gegen den Maurer Walter fallen gelassenen Bleibürgen allen Umfangs zurück.

Hamburg, 13. Februar 1892.

R. Paries.

Lauenburg a. d. Elbe.
Große öffentl. Maurerveranstaltung
am Sonntag, 28. Februar, Nachmittag 5 Uhr
im Votale des Herrn P. Fischer.

Tagesordnung:
1. Veröffentlichung der statutären Erhebungen der
Maurer Lauenburg.
2. Die wirtschaftliche Lage der Maurer resp. der
Arbeiter.
3. Verschiedenes.
Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Kameraden von Lauenburg und Umgegend seien zu
dieser Versammlung alle am Platz.
(M. 2,55)

Der Einberufer.

Gasthof Stadt Schwerin
in Bergedorf.

Sonnabend, den 27. Februar,

Wiedereröffnung

der nach dem Brande neu restaurirten Räumlichkeiten.
Um recht zahlreichen Besuch bitten.

Rudolph Huth.

Quittungsmarken
(Kantidultstempel)



sowie alle Druckarbeiten für Vereine
und Kasen
empfiehlt in anerkannt vorzüglicher Aus-
führung.

Conrad Müller, Schkeuditz Leipzig.
Preislisten gratis und franco.

Abrechnung

für das zweite Quartal des Centralverbandes
der Maurer Deutschlands und verwandten
Verbrüderungen.

Einnahme in den Zahlstellen.

Kassenbestand vom ersten Quartal	M. 2180,15
An Einführungsgeldern	1193,-
wöchentlichen Beiträgen	19702,40
Extra-Beiträgen	10305,55
sonstigen Einnahmen	29,75
Balzus von der Hauptstelle	80,-
Summa M. 24490,85	

Ausgabe in den Zahlstellen.

An die Hauptstelle abgesondert	M. 17357,37
Für lokale Ausgaben	3284,32
Rechnungsprüfung ausgezahlt	1608,25
Rechtschutz	124,40
Unterstützung nach § 1	48,20
Prozesse zu viel verbracht	27,36
Kassenbestand in den Zahlstellen	1952,95
Summa M. 24190,85	

Einnahme in der Hauptstelle.

Kassenbestand vom ersten Quartal	M. 17731,41
An Einführungsgeldern	2,50
wöchentlichen Beiträgen	45,10
Extra-Beiträgen	26,-
sonstigen Einnahmen	42,18
Aus den Zahlstellen eingehandt	17357,37
Summa M. 35201,56	

Ausgabe der Hauptstelle.

Drucksachen:	
100 000 Quittungsmarken	M. 60,-
20 000 Mitgliedsbücher	150,-
250 Formulare für Mitte-	
unterstellung	M. 1,-
Für Zahlstellen-Stempel nebst Zubehör	76,15
Bücher und Schreibutensilien	10,80
das Fachorgan „Grundstein“ 3 Quart	3157,-
Quartalsbeitrag an die Generallom- mission	500,-
Beamtengehälter im 3. Monat	160,-
Zuschuß der örtlichen Verwaltungsstellen	80,-
Agitation	12,80
Bureauamtslehe	66,50
Vorstandssprüngungen	48,-
Revision	732,40
Bureaueinrichtung und Neuerung	33,70
einen Kronz	25,-
Zeitungsbonnement u. Verschiedenes	36,55
Per Bank belegt	22571,30
Porto:	
Badet-Bernd	M. 29,85
Briesporo u. Kreuzbandsend	65,11
Statistische Bücher Statuten u.	
Blätter	75,00
Bestellgeld	13,15
Strafsporto	1,80
Summa M. 15964,75	

Bilanz.

Einnahme	M. 55201,56
Ausgabe	34596,47
Kassenbestand	M. 608,08
Zahlstellen befinden sich Schluss des Quartals 125,23	
und betrug in denselben die Mitgliedzahl 125,23	
Summa M. 35201,56	

Revidiert und für richtig befunden von den Revi-
soren: Theodor Wöbelburg, Hamburg;
Carl Weniger, Darburg;
Julius Peetz, Altona.

Abrechnung

vom Generalkonto der Maurer Lübeck
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1891.

Einnahme:

An Kassenbestand am 1. Januar 1891	M. 1710,80
Von den Maurern Lübeck	1286,30
Ahrenböds	20,-
Ginsen für das Jahr 1891	43,80

Summa M. 3100,90

Ausgabe:

Für Kommissionssprüngungen	M. 11,-
Unterhalt von Kongress	33,21
Für Agitation nach Ahrenböds	2,25
Culin	2,75
Versammlung, Porto, Schreibutensilien	1,37

Summa M. 52,58

Bilanz:

Einnahme	M. 30901,90
Ausgabe	52,58
Bestand M. 30383,32	

A. Kahlus, Kassier

Revidiert und richtig befunden

Die Revisoren:

H. Kleinschmidt, A. Babschen,

H. Dreier, J. Scheel.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder

des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
und verwandten Verbrüderungen.

Altona. Stadtheil Osten. Dienstag, den 1. März,
Abends 8 Uhr, bei Herrn Kluth, Bahnhofstraße
131.

Barmen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, bei
Herrn Hinzeberg, Oberdorfstraße 69.

Bergedorf. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, im Gasthaus „St. Peter-Paul“.

Berlin I. (Pütz). Jeden ersten Sonntag im Monat,
Vormittags 11 Uhr, im Votale „Bürgerfäß“.

Dresden. Jeden Mittwoch 4 Uhr, im „Goldschmied“.

Berlin II. Sonntag, den 28. Februar, Vormittags
10 Uhr, bei Herrn Uebel, Sebastianstraße 31.

Bielefeld. Sonntag, den 28. Februar, Morgens 11 Uhr,
bei Herrn Büttels, Bürgerweg 14.

Bremen. Mittwoch, den 2. März, Abends 6 Uhr,
in der „Vereinsloge“, Döntestraße 1.

Buxtehude. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, im „Deutschen Saal“.

Cassel. Jeden Mittwoch nach dem 1 und 15. im Monat
bei Herrn Wittstock, Schlossgasse 33.

Cöln a. Rh. Jeden Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei
Herrn Clemmer, II. Griechenstr. 89.

Cöslin. Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat
im Restaurant „Zum Weinberg“.

Coswig (Altmark). Jeden zweiten Sonntag im Monat,
Abends 8 Uhr, bei Herrn Krimling, Gast-
hof „Zum goldenen Schiff“.

Danzig. Dienstag, den 8. März, Abends 7 Uhr,
im Vereinsbau, Körnerstraße 24.

Dessau. Jeden 2. und letzten Sonnabend im Monat
im „Goldenen Hasen“, Marktstraße.

Dortmund. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends

8½ Uhr, bei Herrn Zimmermann, Lütgenbrück-
straße 5.

Düsseldorf. Sonntag, den 6. März, Morgens 11 Uhr,
bei Hause Matthesen, Kaiserstraße 65.

Duisburg. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im
Monat, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Breker,

„Drei Kronen“, Knippelmarkt 2.

Eckernförde. Jeden zweiten Sonnabend im Monat,
Vereinsloge „Friedrichs“. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, im Vereinsloge (Maurerherberge).

Elmshorn. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, im Vereinsloge (Maurerherberge).

Gießen. Jeden ersten Dienstag im Monat, in Gast-
hof „Zum Kronprinzen“.

Elsterwerda. Sonntag, den 16. März, Morgens 11 Uhr,
bei Hause Gerhardt, Bleichstr. 14.

Erfurt. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn
Schramm, Gothastraße 44.

Eissen a. d. Ruhr. Jeden zweiten und letzten Sonn-
tag im Monat bei Hause Krahl, Steelerstraße.

Entenhausen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, bei Hause Strack, Am Markt, Maurer-
herberge.

Frankenhausen (Rheinhäuser). Jeden zweiten Sonntag
im Monat in „Bellvue“.

Friedland i. M. Jeden zweiten Sonnabend im Monat,
Abends 8 Uhr, bei Hause Albrecht, Kaiserstraße.

Gaarden. Jeden ersten Donnerstag im Monat, bei
Herrn Petersen, Schulstraße.

Gesellenkünde. Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr,
bei Hause Bartholomäus, Friedrichstraße.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 28. Februar, Nach-
mittags 4 Uhr, bei Herrn Herchenbach, Verein-
straße 11.

Gotha. Sonntag, den 1. März, Morgens 11 Uhr, in der „Gloede“, Leonhardtsplatz.

Templin. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, bei Hause Giltz, Mariendorf,

Wiederstraße 1.

Thorn. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereins-
lokal.

Uetersen. Jeden ersten Sonnabend im Monat, bei
Herrn Taps.

Verden. Jeden letzten Sonntag im Monat, Abends
7 Uhr, im Vereinslokal.

Wandsbek. Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr,
bei Hause Schlesier, Alsterdorferstr. 55.

Waren. Jeden ersten Sonntag im Monat, bei Herrn
Heimiller.

Wolin. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 5 Uhr,
bei Hause Strudtmeier.

Weisenfels. Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends
8 Uhr, bei Hause Gebauer.

Barrentin. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 8 Uhr, bei Hause Gastwirth Ehlers.

Hannover. Dienstag, den 1. März, Abends 8 Uhr,
im „Ballhof“.

Darburg (Elbe). Donnerstag, den 10. März,
Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Kariapp.

Herford. Sonnabend, den 5. März, Abends 8 Uhr,
bei Hause Oberhaus, Remestraße.

Gilbeckheim. Jeden ersten Sonntag und jeden Mitt-
woch nach dem 15. im Monat.

Hirschberg (Sch.). Jeden ersten Dienstag im Monat,
Abends 8 Uhr, bei Herrn Schreieck, „Schwarze

Nob. 18.

Jehoe. Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends
8 Uhr, in der Zeughauserberge des Herrn M. Sah,
Sandberg.

Kiel. Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr, im
„Englischen Garten“.

Laage. Jeden letzten Sonntag im Monat, im Gasthof
„Zu den drei Bergen“, Haynauerstr. 7, Abends
8 Uhr.

Liegnitz. Sonnabend, den 27. Februar, im Gasthof
„Zu den drei Bergen“, Haynauerstr. 7, Abends
8 Uhr.

Lueneburg. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat,
Nachtzeit.

Neubukow. Jeden letzten Sonntag im Monat.

Neumünster. Jeden Donnerstag nach dem 1. und
15. im Monat.

Nienstadt i. M. Jeden letzten Sonntag im Monat,
Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Bode.

Nienburg a/W. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat
Nienstedten. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, bei Herrn Schepel.

Nordenham. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, im
Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Brotner.

Nordhafen. Sonnabend, den 5. März, Abends 8 Uhr,
bei Herrn Brotner.

Nossentinerhütte. Jeden ersten Sonntag im Monat.

Nürnberg. Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags 8 Uhr,
bei Hause Baur, in der „Bauer“.

Oberviereck. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, bei Hause Wittenberg, Dom-
riegelhof.

Schwane. Jeden ersten Sonntag im Monat.

Schwedt a. O. Sonntag, den 28. Februar, Morgens
8 Uhr, bei Hause Harte.

Stade. Jeden Montag nach dem 1. und 15. im
Monat, Abends 8 Uhr, bei Hause Thelenmann.

Stegnitz. Jeden Freitag nach dem 15. im Monat.

Steinbeck. Sonntag, den 6. März, im Vereinslokal.

Stellingen-Langenfelde. Jeden Dienstag nach dem
ersten im Monat, bei Hause Thelenmann in Stellingen,
Abends 8 Uhr.

Stolp. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im
Monat.

Stolp. Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags 4 Uhr,
in der Maurerherberge.

Strausberg. Jeden Montag nach dem 1. und jeden
Sonnabend nach dem 15. im Monat.

Stuttgart. Sonntag, den 28. Februar, Morgens
10 Uhr, in der „Glöde“, Leonhardsplatz.

Templin. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 4 Uhr, bei Hause C. Hilpert, Mariendorf,

Wiederstraße 1.

Thorn. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereins-
lokal.

Uetersen. Jeden ersten Sonnabend im Monat, bei
Herrn Taps.

Verden. Jeden letzten Sonntag im Monat, Abends
7 Uhr, im Vereinslokal.

Wandsbek. Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr,
bei Hause Schlesier, Alsterdorferstr. 55.

Waren. Jeden ersten Sonntag im Monat, bei Herrn
Heimiller.

Wolin. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 5 Uhr,
bei Hause Strudtmeier.

Barrentin. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nach-
mittags 8 Uhr, bei Hause Gastwirth Ehlers.

Deud: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Auer & Co. in Hamburg.